Zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier Seite 5

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 31. Oktober 1980 — 14. Jahrgang — 1 DM



Gegen Atomraketen in der Bundesrepublik und gegen das Bonner Atomprogramm demonstrierten am Wochenende 10 000 Menschen in Nordhorn-Lingen. Teilnehmer kamen auch aus den Niederlanden. Ein von Demonstranten auf dem Bauplatz des geplanten Lingener KKWs als Symbol des Widerstands errichtetes „Freundschaftshaus" wurde von der Polizei zerstört.

Konzertierte Aktion von Regierung und Unternehmern

Matthöfer will Lohnsenkungen

SPD übernimmt Strauß Wirtschaftsprogramm

BONN.— Drei Wochen nach der Bundestagswahl beginnen die Regierungsparteien damit, die Karten auf den Tisch zu legen. Hatten sie noch im Wahlkampf die Attacken der CSU auf die Staatsverschuldung mit dem Argument zurückgewiesen, mit Krediten würden Arbeitsplätze gesichert, so ist davon jetzt keine Rede mehr. Jetzt ist der Sparhaushalt Trumpf.

Massive Änderungen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung sollen die Neuverschuldung um rund 9 Milliarden Mark in den nächsten drei Jahren verringern.

Gespart werden soll dabei vor allem an Subventionen und an den Werktätigen im öffentlichen Dienst. Diese sollen auf Lohnangleichung verzichten und einen Einstellungsstopp hinnehmen. Unter den Strich der Subventionskürzer fallen vor allem Ölsubventionen und die Sparförderung. Auch das gesamte Sozialwesen soll „durchgekämmt" werden.

Damit wird voll die Argumentation von Strauß und Stoiber im Wahlkampf übernommen, die dort ihre Attacken gegen den „bürokratischen Sozialstaat", der immer mehr kosten würde, ritten.

Eingebettet in zahlreichen Stellungnahmen von Großkapitalisten und den Chefs der Monopolbanken hat auch Wirtschaftsminister Lambsdorff seine Erklärung abgegeben, man müsse im nächsten Jahr mit realen Lohnverlusten rechnen. Hier wird es offensichtlich zwischen den Regierungsparteien keinen Streit geben, hier herrscht Einheit.

Nicht umsonst gehören zu den Verhandlungsdelegationen von SPD und FDP nicht nur Matthöfer und Lambsdorff, sondern auch der FDP-Vize Hoppe, der bereits eine „Allparteienkoalition zum Schuldenabbau" gefordert hat.

Dementsprechend hat jetzt auch bereits der Kapitalistenverband Gesamtmetall eine „offensive Lohnrundenargumentation" begonnen, mit der er seinerseits Stimmung machen will für Lohnsenkungen. Alle sind sich einig: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten können angeblich nur durch private Investitionen beseitigt werden, und dafür müssen die Werktätigen Sozialabbau, Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit hinnehmen, damit für die Unternehmer ein Investitionsanreiz besteht.

Besonderes Thema wird bei den Verhandlungen über die Regierungserklärung auch die Schlüsselrolle der Bauwirtschaft sein, die ernste Krisenzeichen meldet. Der Wohnungsbau sank seit dem Jahr 1973, vor der letzten Krise um 49,5 Prozent.

So werden die Signale gesetzt, die Weichen auf Kursänderung gestellt. Auf Kursänderung im Sinne des Großkapitals, auf Kursänderung im Sinne von Strauß. Wer sich vor drei Wochen von der Wahl erwartet hatte, mit SPD und FDP eine Sicherung für den sozialen Besitzstand zu wählen, sieht sich aufs gröbste getäuscht.

Überall werden Preissteigerungen vorbereitet, mit neuen Entlassungswellen wird jetzt bereits regierungsamtlich gerechnet. Mietsteigerungen, Lohnsenkungen und soziale Kürzungen runden das Bild der neuen Bonner Wirtschaftspolitik ab. **Neu in dem Sinne, daß nun der offene Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen gestartet wird.**

Bonn droht mit der Sprengung des Stahlkartells

Vor dem Hintergrund der Stahlkrise

BRÜSSEL.— Endlose Besprechungen kennzeichneten am Wochenende die Vorgänge in Brüssel. Es wurde über das von der EG-Kommission geplante Modell der Produktionsverminderung bei Stahl verhandelt. Dabei war die Front eindeutig: Bonn gegen alle.

Nachdem bereits in der vorletzten Woche alles klar schien mit der Anwendung des Paragraphen 58 des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), kam der massive Widerstand aus Bonn für viele einigermaßen überraschend.

Graf Lambsdorff machte sich zum Sprecher der westdeutschen Stahlbarone, als er erklärte, die modernisierte deutsche Stahlwirtschaft werde diese Quoten keinesfalls akzeptieren, insbesondere nicht bei der Erzeugung von Edelstählen. Hier soll eine Verbesserung erreicht werden, das ist der Sinn des ganzen.

„Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen!" tönte der Versicherungsfürst der Presse gegenüber. Die anderen europäischen Stahlmonopole sollen eben zusehen, wie sie über die Runden kommen, die Westdeutschen wollen ihre Vorteile im Konkurrenzkampf nicht aufgeben. Daß dabei gleichzeitig ein beispielloser Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeitsplätze durchgeführt wird, das kümmert den Grafen bei seiner Demagogie wenig. Diese Verhandlungen um Kompromisse sind ein Zeichen dafür, was von kapitalistischen Gemeinschaften zu halten ist, wenn die Lage ernst wird: gar nichts, jeder kämpft um seine Vorteile.

Letzte Meldung

Türkei: Antifaschist hingerichtet

ADANA.— Erneut wurde von der faschistischen Militärjunta in der Türkei ein Antifaschist durch den Strang hingerichtet. Der regierende „Nationale Sicherheitsrat" hatte am 24.10. das von einem Militärgericht in Adana gefällte Todesurteil bestätigt.

Der 22jährige wurde hingerichtet, weil er an einer Demonstration teilnahm, bei der ein faschistischer Offizier am 14. September, also zwei Tage nach dem Militärputsch, ums Leben kam.

Dies ist bereits die dritte offizielle Hinrichtung seit dem Militärputsch. Die Zahl der Verschwundenen nimmt immer mehr zu.

Wahlfarce in Südkorea

Freibrief für Chuns Diktatur

Neue Terrorurteile

SEOUL. — Eine „Verfassung" legte in der letzten Woche Südkoreas Diktator Chun der Bevölkerung zur Abstimmung vor. „Der Gang zu den Wahlurnen führte durch ein Spalier von Bajonetten", schrieb eine Zeitung dazu.

Unter den heute in Südkorea herrschenden Verhältnissen kam dann auch die von den Generalen gewünschte Mehrheit für ihre Verfassung, die ihnen einen Freibrief ausstellt, zustande. Trotzdem hatten sie nicht verhindern können, daß in den Tagen vor der Wahl in verschiedenen Städten, hauptsächlich in Seoul zum ersten Mal seit der Niederschlagung des Volksaufstandes von Kwangju wieder öffentliche Protestaktionen stattfanden. Vor allem die Universitäten der Hauptstadt waren dabei Schauplatz recht großer Kundgebungen.

Währenddessen setzt sich im Lande die Verhaftungs- und Prozeßwelle fort, bringt die Zensur der Geheimdienste jede kritische Stimme in Presse und Verlagen zum Schweigen. Trotzdem kursieren immer wieder Flugblätter, vor allem der illegalen Gewerkschaften, die an Kwangju erinnern und Freiheit für Kim Dae Jung und seine Mitangeklagten, für alle politischen Gefangenen fordern. Dem entgegen fällte ein Militärgericht jetzt neue Todesurteile.

Der Protest setzt sich weltweit fort. Auch in der Bundesrepublik, wo am letzten Wochenende in Köln ein Südkorea-Tribunal stattfand, das die südkoreanischen Putschisten anprangerte und die Freiheit der angeklagten Demokraten forderte.

Kossygin trat zurück

Krise in der Sowjetwirtschaft

MOSKAU.— Alexey Kossygin, Ministerpräsident der UdSSR seit dem Putsch gegen Chruschtschow im Jahre 1964, ist auf der Sitzung des Obersten Sowjet zurückgetreten. Die Tatsache, daß er, entgegen den Bestimmungen beim Obersten Sowjet, auch den Rücktritt von seiner Funktion im Politbüro der sowjetischen revisionistischen Partei beantragte, weist darauf hin, daß Krankheitsgründe einmal mehr vorgeschoben wurden.

Die Sitzung des Zentralkomitees der Partei, die nur einen Tag vorher stattgefunden hatte, und auf der, wie auch auf der Tagung des Obersten Sowjets, eine miserable Bestandsaufnahme der sowjetischen kapitalistischen Wirtschaft gemacht werden mußte, war hier wohl der Grund.

Die Bilanz des letzten Jahres, insbesondere in der Versorgung der Bevölkerung ist in der Tat katastrophal. Gleichzeitig entdeckte Leonid Breshnew die Tatsache, daß die sowjetische Wirtschaft zu sehr von westlicher Technologie abhängig sei. Offensichtlich wurde dies alles Kossygin angelastet, der seit 1964 bis 1966 bereits Vorkämpfer einer offen kapitalistischen Wirtschaftsreform gewesen war, die sich an den Theorien des im Westen hochgelobten Ökonomen Liberman orientierte.

Mit Kossygins Nachfolger Tichonow rückt ein Mann nach, der direkt aus dem Beschaffungsapparat des Militärs kommt.



Käuferschlangen: Die Landwirtschaftsreformen seit dem Machtantritt der Moskauer Revisionisten haben die Versorgung immer mehr verschlechtert.

Kommentar der Woche

Die Erhöhung, Verdoppelung des Mindestumtauschsatzes für DDR-Reisen ist eine Schikane. Sie trifft, allen Beteuerungen zum Trotz, nur die Werktätigen dieses Landes. Beiderseits der Grenze.

Die Begründungen, die für diesen brutalen Schritt angeführt werden, sind ebenso durchsichtig wie verlogen.

Es würde „mit der DDR-Währung spekuliert". Tatsache ist, daß diese Spekulationen gleichgültig welchen Umfang sie haben mögen, überhaupt erst möglich wurden eben durch Honeckers ureigenste Politik. Wer, wenn nicht seine Partei und seine Regierung haben denn die Westmark zur zweiten Währung in der DR gemacht, wer hat denn die Intershop-Ketten aufgezogen, und so weiter und so fort?

Honeckers Schikanen

Bleibt als Ergebnis, daß man nun doppelt so viel bezahlen muß, um Verwandte besuchen zu können. Geld für das, und dies weiß jeder, der schon in der DDR war, oft genug keine sinnvolle Möglichkeit da ist, es auszugeben, wenn man es hat.

Um es klarzustellen: Die KPD, der „Rote Morgen", wir haben stets die Forderung nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik verteidigt und erhoben, im Interesse des Friedens und der deutschen Nation. Es ist deshalb klar, daß wir gegen die revanchistischen Maßnahmen der bundesrepublikanischen Behörden sind, die eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft nicht anerkennen mögen.

Aber: wenn Erich Honecker gerade jetzt, gerade im Zusammenhang mit der Verdoppelung des Zwangsumtausches diese Forderungen, nach der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft erhebt, so ist dies eine pure Provokation. Am 8. November dieses Jahres jährt sich — beispielsweise — zum achten Mal der Tag, an dem der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten paraphiert wurde, am 21. Dezember 1972 wurde er ratifiziert.

Wo bleiben und wo blieben Honeckers Forderungen damals und in der Zeit danach bis heute? War es nicht vielmehr so, daß Honecker Ulbricht ersetzte gerade wegen dessen Beharren auf der Anerkennung der DDR als Voraussetzung für alles Weitere, was seinen Moskauer Herren nicht mehr ins Konzept paßte? War es nicht derselbe Honecker, unter dessen Führung die SED ihr Programm und die DDR ihre Verfassung änderten? Die die deutsche Nation aus der eigenen Politik strichen, und mit ihr auch all das, wofür die deutsche Friedensbewegung nach dem Kriege gekämpft hat?

Nein, es liegt offen auf der Hand: Honecker geht stramm auf Abgrenzung. Er tut es auf seine, bürokratisch-reaktionäre, arbeiterfeindliche Weise. Das paßt zu dieser Politik im Moment, da noch Manövertruppen an Polens Grenze stehen, paßt zu ihr in einem Augenblick, da Breshnew plötzlich entdeckt hat, daß seine Wirtschaft zu sehr von westlicher Technologie abhängt.

Honecker geht auf Abgrenzung nicht wegen dieser oder jener reaktionären westlichen Maßnahme — dann hätte er schon längst auf Abgrenzung gehen müssen. Es ist das Gespenst Polen, das umgeht. Es sind die arbeitenden Menschen, die eingeschüchtert werden sollen. Es ist das Bild der Einheit, das Honeckers Mannschaft auf ihrem 10. Parteitag abgeben will. Dafür soll bezahlt werden — von den Werktätigen. Daß sie betroffen sind, ist diesem Erzrevisionisten ebenso egal, wie daß er damit der äußersten Reaktion Munition liefert. Welch ein krasser Unterschied zum Jahr 1948, als die westliche Spaltungstätigkeit in Berlin blockiert wurde, und die Ostbehörden alles taten, damit diese Maßnahmen nicht die Werktätigen trafen!

Es steht zu hoffen, daß möglichst viele Genossen der DKP dieses schmutzige Spiel nicht mitmachen, das ihre Partei unterstützt.

Für die Kommunisten unserer Partei ein Grund mehr, die revisionistische, arbeiterfeindliche Politik von SED und DKP zu entlarven.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nach dem Vorbild Maggie Thatchers

Matthöfers Sparprogramm gegen die Werktätigen

Soziale Demontage und Steuererhöhungen

BONN.— Am letzten Wochenende wurden die konkreten Vorschläge von Finanzminister Matthöfer für die Staatshaushalte der nächsten Jahre bekanntgegeben. Diese dürften nicht nur die lebhafte Zustimmung des Grafen Lambsdorff finden, sondern die Zustimmung all jener, die sich am offen arbeiterfeindlichen Wirtschaftsprogramm einer Margaret Thatcher in Britannien orientieren.

An der Spitze dieser Maßnahmen steht die massivste Steuererhöhung der Geschichte der Bundesrepublik: die Erhöhung der Mineralölsteuer um sage und schreibe 7 Pfennig je Liter. Das sind, rund gerechnet, 14 Prozent mehr als bisher. Die Erhöhung der Branntweinsteuer um 3 Mark je Liter bedeutet ebenfalls einen Rekordbeitrag. Rigoros gestrichen werden die verschiedenen Sparbeihilfen — die Zeit der Propaganda für „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" ohnehin eine demagogische Lüge angesichts der Geldentwertung, ist wohl endgültig vorbei. Die Streichung der Mineralölsubventionen bedeutet Verteuerung des Nahverkehrs, Ruin weiterer Bauern und Schiffer.

Besonders kraß treffen die geplanten Maßnahmen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Einstellungsstopp für ein halbes Jahr und Lohnkürzung durch Fortführung der bestehenden Tarifverträge sollen hier eine schnelle und direkte Senkung des Lebensstandards bewirken.

Aber noch weitere Kürzungen sind eingeplant: so vor allem im Hochschulwesen und, am gravierendsten, in der Arbeitslosenversicherung. Hier wird bereits ganz offen von einem Bruch weiterer Wahlversprechen geredet, nämlich von der Erhöhung aller Sozialabgaben.

Sollen mit diesen Erhöhungen die Sozialabgaben bereits 9 Milliarden Mark aus den Taschen der arbeitenden Menschen gezogen werden (siehe RM 42), so bedeutet allein die Anhebung der Mineralölsteuer weitere 9,9 Milliarden zusätzlicher Steuern in den nächsten vier Jahren.

Ebenfalls zum Programm gehört, wie aus den Vorschlägen des Finanzministeriums ersichtlich, die vom Wirtschaftsminister geforderte grundsätzliche Änderung der Wohnungsbaupolitik. Mieterhöhungen sollen in Zukunft willkürlich, ohne jede Einschränkung diktiert werden können, um, wie Lambsdorff sagte und Matthöfer bekräftigte, dem Kapitalanleger seine Rendite zu sichern.

Die Verabschiedung dieses äußerst harten Programms, um das es natürlich noch Auseinandersetzungen geben wird, signalisiert eine Wende in der Lage der Bundesrepublik. Die kapitalistische Krise, die heute Westeuropa voll erfaßt hat, wirkt sich auch im einstigen Wirtschaftswunderland aus. Kernindustrien wie Automobilindustrie und Chemieindustrie sind davon betroffen, gar nicht zu reden vom Stahl und den Werften. Auch beim Bau und in der Elektroindustrie mehren sich die Krisenzeiten. Die staatlichen Gelder werden von den Monopolen immer dringender verlangt.

So, vor diesem Hintergrund, ist die konzertierte Aktion der letzten Wochen zu sehen, die erreichen soll, daß die westdeutschen Werktätigen möglichst ohne viel Widerstand den Kapitalisten Opfer bringen. Ob der DIHT-Chef Wolff von Amerongen fordert, Arbeitsplätze zu vernichten, Bundesbank-Chef Pöhl und Sparkassen-Chef Geiger in den Chor der Großbanker einfallen und die Kürzung der Staatsausgaben fordern, oder ob Innenminister für den öffentlichen Dienst und Monopolverbände für die Industrie Lohnsenkung verlangen, oder ob Lambsdorff amtlich Pessimismus verbreitet — das alles liegt auf dieser Linie.

Und diese Politik wird auf allen Ebenen durchgezogen: Schon jetzt sind die Stadtkämmerer verschiedener Großstädte ebenfalls dabei, den Rotstift an die Sozialausgaben zu legen, werden Sparprogramme auf Länderebene für das Erziehungssystem angepeilt und gleichzeitig neue „Elite"-Theorien massenweise verbreitet.

Bezeichnend dabei ist, daß diese gesamten Sparpläne in Wirklichkeit nur Pläne der sozialen Demontage darstellen. Dies wurde seit langem durch ständige Berichterstattung über angeblichen Mißbrauch aller möglichen Einrichtungen vorbereitet und wird jetzt durch eine gleichgeschaltete Propagandakampagne von „Spiegel" bis „Bild" unterstützt.

Matthöfers Plan, wie er bis jetzt ist, sieht immer noch Ausgabensteigerungen vor. Sie sollen aber für die Zeit bis 1983 um 9 Milliarden unter der mittelfristigen Vorausplanung liegen. Die Neuverschuldung aber wird nicht um diese 9 Milliarden weniger steigen, sondern nur um 3,8 Milliarden gegenüber der Planung herabgesetzt. Bleiben allein rechnerisch 5,2 Milliarden Mark vorhandener Gelder zur Umverteilung übrig. Die Rüstungspläne liegen in den Schubläden.

Hungerstreik in Hamburg

Konsul Sanchez berechtigte Forderungen

Bundesregierung wegen Unterstützung bolivianischer Faschisten angeprangert

HAMBURG.— Dem Hungerstreik des bolivianischen Generalkonsuls in Hamburg haben sich inzwischen zehn Mitglieder des CONADE, Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien, angeschlossen. Sie fordern die Änderung der Politik der Bundesregierung gegenüber der faschistischen Junta.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung am 22. Oktober hatte Konsul Juan Emilio Sanchez den Beginn seines unbefristeten Hungerstreiks erklärt, mit dem er zwei Forderungen verbindet:

Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den bolivianischen Putschverbrechern und den Abbruch aller wirtschaftlichen Beziehungen, einschließlich der Entwicklungshilfe. Konsul Sanchez, der bereits bundesweit bekannt geworden war durch seine mutige Haltung, als er sich nicht abberufen ließ und sich auch nicht in den Dienst der Junta stellte, hält nun, zusammen mit anderen Hungerstreikenden das bolivianische Konsulat in Hamburg besetzt, um den Amtsantritt seines illegalen „Nachfolgers" zu verhindern.



Opfer des faschistischen Terrors: die Werktätigen Boliviens! Unterstützen wir ihren mutigen Kampf für Freiheit und für ihre gewählte Regierung!

Auf Antrag des in Bremen amtierenden faschistischen Konsuls hat die Bundespost jetzt bewilligt, daß alle Post die an das Hamburger Konsulat geht und nicht persönlich an Konsul Sanchez gerichtet ist, nach Bremen umgeleitet wird. Damit wird nicht nur ausgedrückt, daß man die Putschisten anerkennt, sondern es werden auch bolivianische Briefschreiber, die sich, in Unkenntnis der Sachlage an das Konsulat wenden, den Faschisten bekannt gemacht.

Die Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung vom 22. Oktober wandten sich deshalb mit Protesttelegrammen an die Minister Genscher und Gscheidle.

Unterstützen wir den Kampf des bolivianischen Volkes um seine Freiheit, unterstützen wir den Kampf des Konsuls Sanchez gegen die Hilfe der Bundesregierung für die Faschistenjunta!

Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Deutschen Bundesrepublik zu den bolivianischen Faschisten!

Meldungen

Faschisten-vorlesung von CSU organisiert

WÜRZBURG.— Am Institut für Demokratieforschung der Universität Würzburg hatte der CSU-Finanzminister Streibl einen gemeinsamen Auftritt mit einem Repräsentanten der chilenischen faschistischen Junta.

Organisiert wurde dieses Symposium vom CSU-Professor Bossle, bei dessen Amtsantritt es bereits heftige Proteste von Seiten der Studenten gegeben hatte. Neben Streibl war als Redner auch Miguel Kast, der chilenische Minister für Wirtschaftsplanung eingeladen. Kast, der die Wirtschaftspolitik Chiles so „plant", daß die multinationalen Konzerne heute wieder die Wirtschaft fest in der Hand haben, konnte seinen Gesinnungsfreunden bestimmt viel Interessantes erzählen.

Kein Sparhaushalt im bayerischen Landtag

MÜNCHEN.— Im Gegensatz zu sonst überall zu vernehmenden Bekundungen, gibt es im bayerischen Landtag kein Sparprogramm — für den Landtag.

Rund 400 000 Mark wurden jetzt zur Neuausstattung von Konferenzräumen und Wandelhalle ausgegeben. Ein Barscheck für Abgeordnete war ebenso dabei wie die obligaten teueren Teppiche...

Großdemonstration für Psychatriereform

BONN.— Rund 6 000 Menschen demonstrierten am vorletzten Wochenende in Bonn für die Reform der Psychiatrie.

Die Teilnehmer, die einem Aufruf der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie folgten (DGSP), protestierten damit vor allem gegen die „Psychiatrischen Großkrankenhäuser", Hauptumsatzfeld der Chemiemonopole für Beruhigungspillen.

Obwohl seit über fünf Jahren Gutachten zur Reform des Psychiatrischen Gesundheitswesens vorliegen, ist seitdem nichts geschehen. Bezeichnend war denn auch, daß eine der Hauptparolen während der Demonstration der Ruf „Pillen killen" war, mit dem der unmenschlichen Behandlung von rund 100 000 Insassen solcher Großkrankenhäuser der Kampf angesagt wurde.

Auf dieser Demonstration verurteilten auch verschiedene Redner die „Euthanasie" genannte Mordpolitik der Faschisten, deren politische Auswirkungen in Form der sozialen Ausgrenzung heute noch bestehen.

Verstoß gegen Arbeitsgesetz: 6 Mark

MÜNCHEN.— Die bayerische Gewerbeaufsicht, so teilte Sozialminister Pirkl mit, habe in diesem Jahr 325 516 Beanstandungen festgestellt, bei denen gegen gültige Vorschriften verstoßen wurde.

Das waren rund 21 000 oder fast 7 Prozent mehr als im Vorjahr, eine Tendenz, die sich schon seit langem zeigt. Die darauf hin ausgesprochenen Verwarnungen und Bußgelder erbrachten die Summe von 1,9 Millionen Mark. Macht im Durchschnitt 6 Mark pro Verstoß. Gut angelegtes Geld für einen echten Unternehmer.

„Das Beste zum 10. Parteitag“

SED-Führung zieht die Schrauben an

Plandiskussion '81 in einer Brigade. „Um das zu schaffen, brauchen wir mehr Kräfte“, meinen die Kollegen. Deckt eure Reserven auf. Ihr müßt die Arbeitszeit besser ausnutzen. Nicht so viele Zigarettenpausen machen.

So kommt es von oben. Den Bonzen wird in den Betrieben zuwenig gearbeitet. Und schon seit Monaten trommeln sie wie nie zuvor zu „höheren Leistungen“. Aktuelle Maßnahmen:

- Im März dieses Jahres wurden den Betrieben von der SED-Spitze zwei zusätzliche Tagesproduktionen empfohlen. Die Kollegen können jetzt die Suppe auslöffeln. Auch die Plandiskussion für 81 zeigte, daß die höchsten Bonzen gewillt sind, die Produktion sprunghaft und voll auf Kosten der Arbeiter zu steigern. Die meisten Betriebe planen für 1981 Zuwachsraten, die das bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen. Für die Arbeiter wird das nur noch mehr Sonderschichten, Überstunden und Hektik bringen.
- In Plandiskussionen für 81 wurden in nicht wenigen Betrieben offene Töne gegen die Werktätigen laut. So forderte ein Leiter in einem Berliner Kombinat, Fonds für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sollten im Betrieb künftig gezielt dort eingesetzt werden, wo für den Betrieb effektiv etwas herauskommt.
- Erstmals soll in der Industrie mit der Freisetzung von Arbeitskräften Ernst gemacht werden. In die 81er Betriebspläne werden verbindliche Auflagen zur Einsparung eines Teils der Belegschaft aufgenommen. Bisher sparten die Betriebe nur relativ, nach der sogenannten „Hätte-Rechnung“, Arbeitskräfte ein.

Weniger Arbeitsplätze — noch mehr Belastung

Im PCK Schwedt wird die sogenannte Initiative „Weniger produzieren mehr“ vorexerziert. Dort werden innerhalb von vier Jahren 2 400 Betriebsangehörige ihren alten Arbeitsplatz verlieren, das ist ein Viertel der gesamten Gelegschaft. Dieses Beispiel macht bereits Schule und wird von der SED groß herausgestellt.

Natürlich will uns die SED-Propaganda weißmachen, das Mehr an Produktion bei geringerer Arbeitskräftezahl würde durch modernisierte Technik und verbesserte Arbeitsorganisation herauskommen. Aber, daß das Luftschlösser sind, weiß der Arbeiter am besten. Wo Arbeitsplätze im großen Stil wegrationalisiert werden, wächst für die Betroffenen die Arbeitsbelastung Die Versetzung vom alten Arbeitsplatz nutzen die Bonzen, um Druck auf die Kollegen auszuüben. Die Freisetzung von Arbeitskräften soll so die Arbeiter noch mehr unter die Fuchtel der Bosse bringen.

„Der faule Arbeiter“ — gemeint sind wir alle

Seit Monaten machen Presse, Funk und Fernsehen Stimmung gegen die „faulen Arbeiter“, wird verschärfter Antreiberei das Wort geredet. „Mußte man sich nicht stärker im Kollektiv mit denen auseinandersetzen, die zu oft eine Rauchpause brauchen, die sehr zeitig ihre Sachen packen und ihre eigene Ansicht vom Feierabendmachen haben?“ läßt so zum Beispiel die BZ in einem Bericht über den VEB-Fortschritt Berlin fragen. Betrügerisch werden Faulheit, Unehrlichkeit und Pfuscherei einiger angegriffen. Gemeint sind wir alle. Schließlich werden doch für alle die Schrauben angezogen, wachsen überall die Planauflagen, wird immer mehr dreischichtig gearbeitet, steigt die Arbeitsbelastung allerorts. Außerdem: Wenn Leiter durch Fehlentscheidungen Millionen vergeuden, im großen Stil in die eigene Tasche wirtschaften, wenn in der Verwaltung die Arbeitszeit nutzlos vertan wird — wer wird da schon zur Verantwortung gezogen?

Doch wenn der Arbeiter einen Sack Zement klaut oder in der Arbeitszeit mal Privatarbeit macht, predigen die Herren Moral und fordern strenge Bestrafung.

Bürokratischer Kapitalismus

Die SED-Propaganda sagt uns heute ziemlich offen: Wir müssen alle jetzt mehr arbeiten, damit wir unseren Lebensstandard halten können. Denn die Wirtschaft stecke durch die Preisexplosion auf dem Weltmarkt in Schwierigkeiten. Bekanntlich bezieht die DDR-Wirtschaft den übergroßen Teil entscheidender Rohstoffe, vor allem Erdöl und Erdgas aus der SU. Der große Bruder benutzt die Rohstoffabhängigkeit der DDR-Wirtschaft, um sie nach Strich und Faden zu schröpfen. Doch die gegenwärtige Wirtschaftsmisere hat auch innere Ursachen. Betriebsegoismus, allgemeines Gegeneinander, Chaos einerseits, bürokratische Hemmnisse, die zu Stagnation und Lähmung führen andererseits, sind typische Merkmale der heute bürokratisch-kapitalistischen DDR-Wirtschaft.

... am langen Arm Moskaus

Weil Bürokratismus und allgemeine Unplanmäßigkeit die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch rationelle Arbeitsorganisation und vor allem wissenschaftlich-technischen Fortschritt hemmen, nimmt die Steigerung der Arbeitsbelastung, der Arbeitsintensität in unserer Wirtschaft einen zentralen Platz ein.

Auf unsere Kosten soll der Wirtschaftskarren am Laufen gehalten werden, den die Bonzen in den Dreck gefahren haben. Die Lasten der Wirtschaftsmisere sollen wir tragen.



Arbeiter im Chemiekombinat Bitterfeld/DDR

Korrespondenz

„Wir bleiben hier, bis die Ware auf den Tisch kommt!“

Im Kaufhaus in Zeitz spielte sich kürzlich folgendes ab: Eine Kundin beobachtete vor Geschäftsbeginn, daß eine LKW-Ladung Teppiche angeliefert wurde. Gleich als das Kaufhaus öffnete, ging sie zum entsprechenden Stand und verlangte einen Teppich. Es sein keine da, bekam sie zur Antwort. Es kam zum Streit, bei dem die Kundin, stark erregt, handgreiflich wurde. Die Verkäuferin rief nach der Polizei. Ein VP-Angehöriger kam hinzu und belegte die Kundin mit einer Ordnungsstrafe von 50 Mark.

Dann verhielt er sich für einen VP-Mann untypisch. Er veranlaßte sofort eine Besichtigung des Kaufhauslagers. Und siehe da: Teppiche in Hülle und Fülle. Nur: An jedem Teppich fein säuberlich ein Name. Schulze, Meier, Lehmann, Schmidt — reservierte Ware. Die Teppiche kamen auf den Ladentisch. Und das Ordnungsgeld? Die glücklichen Käufer sammelten spontan für die Kundin, die den Stein ins Rollen gebracht hatte. Die 50 Mark für sie waren im Nu zusammen.

Fordern wir überall eine wirksame Kontrolle unter Einbeziehung der Bevölkerung zur Bekämpfung der Schieberei. Werden wir selbst aktiver. Nennen wir in der Öffentlichkeit Schiebereien offen beim Namen, wo wir sie erkennen!

Ein treffendes Beispiel aus Berlin-Adlershof. In einem Fischladen, der gerade Aal geliefert bekam, waren sich die Käufer einig: Wir bleiben hier, bis die Ware auf den Ladentisch kommt.

Korrespondenzen aus der DDR



Eine Verkäuferin berichtet

Ich bin Verkäuferin in einem kleinen Laden in Berlin, der abseits von I-Shops und Ex-Läden liegt. Er ist also kein Prunk- und Renommierstück und sieht dementsprechend aus. 40 Quadratmeter Größe — da herrscht schon bei zehn Kunden ein mächtiges Gedränge. Für Käufer und Verkäufer ist das belastend. Zur Kasse muß man sich durchzwängen und kann sich kaum in Ruhe umsehen. Einen neuen Anstrich könnte der Laden schon lange vertragen. Auch sonst sind die Bedingungen für uns Verkäuferinnen wahrlich nicht optimal. Ein kleiner Raum dient als Büro-, Umkleide- und Aufenthaltsraum. Komplett wird die Misere, wenn ich an die sanitären Einrichtungen denke. Eine Zeitlang mußten wir in einem Nachbarladen aufs Klo gehen, da unseres kaputt war und es eine Ewigkeit gedauert hat, bis jemand kam, um es zu reparieren... Im Winter herrschen bei uns im Laden mitunter Temperaturen, die einem Hände und Füße absterben lassen. In den letzten beiden Wintern wurde die Kohle so rationiert, daß wir schon die Öfen mit Pappe geheizt haben. Das war aber kein Ausnahmefall. Einige Läden mußten sogar schließen, weil die Kohlen gänzlich ausgegangen waren. Oftmals gibt es für uns keine Möglichkeit, eine warme Mahlzeit zu uns zu nehmen. Dann gibt es eben abwechselnd Bockwurst oder Kuchen. Fraglich ist bloß, ob das auf die Dauer gesund ist. Auch bei uns machen sich die fehlenden Arbeitskräfte bemerkbar. Reinigungskräfte stehen unserer kleinen Verkaufsstelle natürlich nicht zur Verfügung. Nach Geschäftsschluß muß der Laden von uns saubergemacht werden. Während der Öffnungszeit darf kein Besen in die Hand genommen werden. Das heißt für uns Verkäuferinnen, unbezahlte Überstunden zu machen. Auch an Lagerarbeitern, die die schweren Transportarbeiten übernehmen, mangelt es. Die wenigen männlichen Kollegen wechseln immer häufiger den Beruf, für die paar Mark will keiner mehr arbeiten. Ein Facharbeiter verdient beim Konsum monatlich 500 Mark brutto, eine ungelernte Verkäuferin 400 Mark. Hinzu kommt die Provision, aber die ist vom Umsatz abhängig und damit vom Angebot. Es gibt natürlich Schwerpunktmonate wie den Dezember, da ist eine hundertprozentige Planerfüllung gewährleistet. Dafür sieht es aber in der verbleibenden Zeit recht mies aus. Der gebrachte Umsatz entspricht in den seltensten Fällen der Auflage und damit bekommen wir in diesen Monaten auch weniger Provision. Das ist zum größten Teil auf das mangelnde Angebot von Seiten des Großhandels zurückzuführen. Oftmals wissen wir nicht, warum wir überhaupt geöffnet haben. So spüren wir die „stabile Versorgung“ an unserem Geldbeutel. Die „stabile Preisentwicklung“ sehen wir aber auch ganz gut. Preissteigerungen gibt es bei fast allen Produkten. Und wo die Preise nicht steigen, sinkt der Gebrauchswert erschreckend. Mit der berechtigten Unzufriedenheit der Kunden über schlechtes Angebot und steigende Preise, haben wir uns als Verkäufer unmittelbar auseinanderzusetzen. Wir sind der Prellbock für die Verkaufsmisere. Oftmals müssen wir Kritiken und Beschimpfungen über uns ergehen lassen, die wohl kaum an unsere Adresse gehen...

Die „Plandiskussion“ in einem Berliner Großbetrieb

In der ganzen DDR läuft die Plandiskussion. Was heißt Diskussion? Die Chefs berichten uns von den vorgegebenen Planzielen und wir dürfen dazu nikken. Über die Probleme im gesamten Betrieb werden wir kaum unterrichtet. Ein Kollege von uns hatte die Möglichkeit, an einer erweiterten Leitungssitzung im Betrieb teilzunehmen. Er schreibt:

„Grundstimmung bei den Chefs: Stark gedämpfter Optimismus, unverhohlene Töne gegen die Arbeiter. Auch bei uns wachsende Energieprobleme. Bei Diesel und VK sieht die Situation sehr schlecht aus. Durch Optimierung des innerbetrieblichen Transports will man dem beikommen, was bei der vorhandenen veralteten Transporttechnik fragwürdig ist.

Für eine hochproduktive Anlage steht für 1981 an Stelle von Heizöl (hergestellt aus Erdöl) nur noch einheimisches Teeröl zur Verfügung. Das zieht einen teilweisen Umbau der Anlage und erhöhte Umweltbelastung nach sich.

Auch die zur Verfügung gestellte Fernwärme wird für 1981 reduziert. Empfindlich kühlere Werkhallen und Büros werden die Folge sein. Der Elektroenergiebedarf muß drastisch gesenkt werden. Bereits im vergangenen Jahr mußten hochproduktive Anlagen deswegen zu Spitzenbelastungszeiten abgestellt werden.

Probleme gibt es auch bei der Auslastung der hochproduktiven Anlagen. Dieses Jahr wurde diese Kennziffer bisher gerade noch so erreicht, aber die Tendenz ist sinkend. Als Grund wurden Arbeitskräfte- und Materialmangel angeführt.

Die Arbeitsproduktivität soll eine entscheidende Steigerung erfahren und auch die Auflage zur Arbeitskräfteeinsparung hat eine nie gekannte Höhe erreicht. Realisiert werden sollen diese Auflagen durch verstärkte WAO-Maßnahmen und die forcierte Eigenentwicklung von betriebsspezifischen Rationalisierungsmitteln, die jahrelang vernachlässigt wurden.

Der Parteisekretär sagte, wie die Plandiskussion mit den Werktätigen zu führen sei: Nach dem Motto ‚Abstriche am Plan bedeuten Abstriche am sozialpolitischen Programm‘.“

Die „Marktlücke“: Folklore-Festival in Berlin

Da auch in Berlin das kulturelle Angebot für junge Leute nicht gerade üppig ist, war das Folklore-Festival im „Haus der jungen Talente“ mehr als gut besucht. Die Folklore-Anhänger kamen aus der ganzen Republik, nahmen diese Veranstaltung zum Anlaß, um sich mal wieder zu treffen. Den Anspruch, den man an ein solches Festival, das sich der Volksmusik widmet, stellt, wurde indessen kaum erfüllt.

Nur sehr wenige Gruppen und Einzelinterpreten ließen eine gewisse Stimmung und Atmosphäre aufkommen, so z.B. „Liederhlich“ oder Perry Friedman, wo man Lust bekam, mitzusingen, einbezogen wurde. Auch das Anliegen, das das Volkslied seit Jahrhunderten hat, sich mit den gesellschaftlichen Zuständen kritisch auseinanderzusetzen, war nur in Ansätzen zu spüren. Profi Friedman z.B. hielt sich da völlig raus und sang mit der ihm eigenen Perfektion altbewährter Lieder. Von dem einstigen kritischen Geist des Begründers der Singebewegung in der DDR war nichts mehr zu merken. Seine heutigen Gagen werden das Ihre dazu beigetragen haben. Ein Kulturmensch in meiner Nähe äußerte: „Wenn der in unserem Klub gespielt hätte, wäre nicht mal der Verkauf des gesamten Inventars ausreichend gewesen, um ihn zu bezahlen.“ Auch unterschied sich dieses Festival von den bisherigen (Leipzig, Hoyerswerda) durch seine organisatorische Perfektion. Extraeinlagen, große Zugaben oder Session waren nicht drin. Alles lief ab, wie ein kommerzielles Popkonzert. Auch das massenhafte Polizeiaufgebot fehlte nicht. Von einer Folkloregruppe erfuhr ich, daß sie Angestellte des Kreiskulturhauses ihrer Stadt seien und den ganzen Tag nur üben. Der Sänger: „Wir sind in eine Marktlücke gestoßen, aus der sich was raushohlen läßt“. Statt ehrlicher Begeisterung, Spaß an der Sache selbst und kritischem Engagement, saftloser Kommerz.

Daß die offizielle Kulturpolitik die Folklore jetzt in die Kulturszene aufnimmt, ist nicht ohne Absicht. Die Folklore soll kommerzialisiert, als politisches Gärmittel entschärft, in den Griff genommen werden.

Ernte-Rätsel

Eine tiefgelegene Straße. An ihr steht reifes Getreide. Mähdrescher kommen. Auf einem schmalen Randstreifen, genau an der Straßenböschung wird das Getreide eingebracht und vorbildlichst unmittelbar danach gepflügt. Der Rest des Feldes bleibt unberührt. Vorbeifahrende Personen haben jedoch so den Eindruck, das ganze Feld sei abgeerntet. Wie heißt die Straße, und um welche Personen handelt es sich?

Auflösung: Straße nach Wandlitz — unser Erich nebst Begleitung.

Lohnrunde 1981 im Zeichen der Krise

Monopolkapital schreit nach Senkung der Reallöhne

Die „neue Lohnformel" der Unternehmerverbände

DÜSSELDORF. — Während Bundesfinanzminister Matthöfer mit seinem Sparhaushalt die Weichen für eine rücksichtslose Verschärfung der Ausplünderung des arbeitenden Volkes stellt, schreien die Kapitalistenverbände im Vorfeld der neuen Lohnrunde offen nach einer Senkung der Reallöhne.

Die Lohnrunde 1981 steht im Zeichen der schweren wirtschaftliche Depression, die bereits begonnen hat und die im nächsten Jahr nach den Schätzungen der Bundesregierung das Wirtschaftswachstum nahezu auf den Nullpunkt sinken lassen wird. Das Monopolkapital hat einen allseitigen Angriff auf unsere sozialen Errungenschaften begonnen, um die Lasten der Krise durch eine Senkung des Lebensstandards voll auf unseren Rücken abzuwälzen.

Diese Angriffe werden einerseits über den kapitalistischen Staat, seine Haushalts- Finanz- und Sozialpolitik geführt, was sich gegenwärtig in der Ankündigung eines Sparhaushaltes durch den von der SPD gestellten Bundesfinanzminister Matthöfer ausdrückt. Die zweite Hauptfront in diesem Feldzug des Monpolkapitals ist die Lohn und Tarifrunde des kommenden Jahres.

Noch nie haben die Unternehmerverbände im Vorfeld einer Lohnrunde so radikal und hemmungslos gegen Lohnforderungen gehetzt, noch haben sie so offen und massiv die Senkung der Realeinkommen, den Verzicht auf einen Ausgleich für die erhöhten Lebenshaltungskosten gefordert.



So hetzte die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), die Gewerkschaften hätten mit ihren „wirtschaftspolitisch unvertretbar hohen" Tarifabschlüssen in der Lohnrunde 80 die jetzige Wirtschaftsdepression verursacht. Deshalb müsse jetzt um jeden Preis eine „kostenniveauneutrale" Lohnpolitik erzwungen werden. Darunter ist zu verstehen, daß die Gesamtsumme der Lohn- und Gehaltserhöhungen den Wert des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses nicht überschreiten soll. Die Preissteigerungen des laufenden und des kommenden Jahres bleiben bei dieser „neuen Lohnformel" völlig unberücksichtigt.

Vonvornherein sollen die Gewerkschaften auf einen Inflationsausgleich verzichten. Wir sollen nicht einmal die Erhaltung unserer gegenwärtigen Reallöhne fordern dürfen, ungeachtet dessen, daß die Konzerne im vergangenen und in diesem Jahr enorme Profitsteigerungen verbuchen konnten.

Dabei sind jedoch bereits in diesem Jahr unsere Reallöhne gesunken. Die Tarifabschlüsse lagen zwar mit durchschnittlich 6,8 Prozent noch über der offiziellen Teuerungsrate. Bekanntlich wird diese jedoch von der amtlichen Preisstatistik heruntergespielt. Hinzu kommt, daß an der Jahreswende 79/80 die Berechnungsfaktoren für den „Warenkorb" neu festgelgt wurden und zwar so, daß die offizielle Teuerungsrate um ca. ein halbes Prozent heruntermanipuliert worden ist. So nimmt es nicht Wunder, wenn die Arbeitskammer des Saarlandes kürzlich zu dem Ergebnis kam, daß die Lohnabhängigen im ersten Halbjahr 1980 einen Reallohnverlust von einem Prozent hinnehmen mußten.

Trotzdem erklären heute die Kapitalistenverbände, die Lohnerhöhungen der letzten Tarifrunde seien überzogen gewesen, und die beginnende Wirtschaftsdepression verlange *„von den Gewerkschaften eine radikale Abkehr von ihrer bisherigen Lohnformel"*! Der Präsident des Unternehmerverbandes Gesamtmetall Wolfram Thiele erklärte, die Gewerkschaften müßten ihren Mitgliedern klarmachen, *„jetzt etwas kürzer zu treten, den Gürtel vielleicht einmal etwas enger zu schnallen"*. Thiele sagte weiter: *„Einen lohnpolitischen Weg wie 1980 kann es im kommenden Jahr nicht geben."*

In dieses Horn stoßen auch sämtliche anderen Sprecher des Monopolkapitals, so der Bundesbankpräsident Pöhl, der Sparkassenpräsident Geiger usw. Auch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff stellt sich uneingeschränkt hinter den Lohnraubfeldzug der Monopole. So hat er jetzt die Forderung nach der Verlängerung der Laufzeiten für die Lohn- und Gehaltstarife auf zwei Jahre, die vor Monaten von Unternehmerseite ins Spiel gebracht wurde, erneut auf den Tisch gebracht. **In der anstehenden Lohnrunde steht der Arbeiterklasse eine Phalanx der Bank- und Industriebarone und der Bonner Regierung gegenüber, die entschlossen ist, unsere berechtigten Forderungen nach Verteidigung und Erhöhung der Reallöhne mit aller Macht brutal zu unterdrücken. In Anbetracht dessen, daß uns der Staat gleichzeitig mit einem Sparhaushalt und mit der massiven Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer rücksichtslos schröpfen will, ist es eine dringende Notwendigkeit, jetzt alles Mögliche für den Aufbau einer starken Kampffront in der kommenden Lohnrunde zu unternehmen.**

Schon zeichnet sich klar ab, daß die DGB-Bonzen uns in den Rücken fallen, daß sie sich mit den Lohnräubern arrangieren werden. So haben sie bezüglich der Forderung der Monopolherren und der Bundesregierung nach der „Wiederbelebung" der Konzertierten Aktion Gesprächsbereitschaft signalisiert. Während von der Gewerkschaftsbasis die arbeiterfeindliche Linie der Sozialpartnerschaft zunehmend konsequenter abgelehnt wird, verstärken die Gewerkschaftsspitzen ihre reaktionäre Zusammenarbeit mit dem Kapital und seinen politischen Sachwaltern.

Aber der unversöhnliche Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital bricht mit wachsender Schärfe hervor. Die Arbeiterklasse muß der „neuen Lohnformel" des Kapitals die Linie des revolutionären Kampfes entgegensetzen.

Kampf um Verbesserung der Schichtdienstregelung

Gescheidle ließ Verhandlung scheitern

Weitere Streikaktionen — GdED fordert 35-Stunden-Woche

BONN. — Bundespostminister Gescheidle ist es auf einen Arbeitskampf an. Obwohl die Postgewerkschaft zentrale Streikaktionen angekündigt hatte, falls er am Freitag kein verhandlungsfähiges Angebot vorlege, blieb der Postminister stur.

Als am Freitag vergangener Woche die Verhandlungen weitergingen, erwartete die Verhandlungsdelegation der Postgewerkschaft wenigstens, daß vom Bundespostministerium Vorschläge für die Ausweitung des Personenkreises vorgelegt würden, der in den Genuß der geforderten Freizeit- und Entgeltregelungen für Schichtdienste kommen soll.

Aber nichts! Gscheidle und Innenminister Baum setzten ihren Provokationskurs fort. Sie blieben bei ihrem unverfrorenen Angebot von maximal drei Freischichten pro Jahr für Schichtdienstleistende. Und auch diese drei Freischichten sollen nur Schichtdienstleistende erhalten, die jährlich mindestens 75 Nachtdienste in der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr leisten. Die Postgewerkschaft fordert eine 150-prozentige Bewertung von Nachtdiensten, d.h. daß für eine achtstündige Nachtschicht ein Freizeitausgleich von vier Stunden beansprucht werden kann.

Die Führung der Postgewerkschaft hat die Verhandlung am Freitag zunächst unterbrochen, jedoch die angekündigten zentralen Streikaktionen nicht eingeleitet. Indessen kam es in der vergangenen Woche in Bremen, Köln, Koblenz, Neuwied und Frankfurt wieder zu Warnstreiks der Postler.

Inzwischen haben auch Verhandlungen der ÖTV und der Eisenbahnergewerkschaft über Verbesserungen für die Schichtdienstleistenden begonnen. **Die Eisenbahnergewerkschaft fordert für die in Wechselschicht, sowie für die im Sonntags- und Feiertagsdienst tätigen Kollegen die 35-Stunden-Woche mit zwei zusammenhängenden Ruhetagen.** Die ÖTV fordert für Schichtdienstler 12 zusätzliche Urlaubstage, die Herabsetzung der Altersgrenze, das Verbot ständiger Nachtschicht und die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden.

Die konsequenteste und wirkungsvollste Antwort auf die provokative Haltung der Bundesregierung gegenüber diesen berechtigten Forderungen wäre ein gemeinsamer zentraler Streik aller drei Gewerkschaften im öffentlichen Dienst.



Zunehmend versuchen die Kapitalisten, unbequeme Betriebsräte mundtot zu machen und durch Entlassung loszuwerden. Die fristlose Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte von Hoesch-Union in Dortmund konnte jedoch zurückgeschlagen werden. Unser Foto zeigt die beiden nach dem gewonnenen Arbeitsgerichtsprozeß in Hamm.

Gesinnungsterror bei der Kraftwerk Union

Betriebsratsmitglied soll gefeuert werden

KWU-Bosse blasen zur Hatz auf AKW-Gegner

WESTBERLIN. — Dem Betriebsrat Uwe Jessen im Westberliner Werk der Kraftwerk Union wurde von der Werksleitung mit fristloser Entlassung gedroht, falls er noch einmal öffentlich gegen den Bau von Kernkraftwerken Stellung beziehen sollte. Gleichzeitig organisierten die Bosse ein schmutziges Kesseltreiben gegen Jessen.

Die Kraftwerk Union (KWU) hat sich auf den Bau von Atomkraftwerken spezialisiert. KWU gehört zum Siemens-Konzern. Der klassenkämpferische Kollege Uwe Jessen wurde im Frühjahr 1978 auf der oppositionellen Liste „Frischer Wind" in den Betriebsrat gewählt.

Am 8. Oktober erhielt Jessen eine Abmahnung von den KWU-Bossen, weil er sich auf einer Belegschaftsversammlung gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hatte. Dies - so die Bosse — sei ein Verstoß gegen die „Loyalitätspflicht". Abschließend heißt es in der schriftlichen Abmahnung: *„Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie im Wiederholungsfall mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen."*

Gleichzeitig haben die Herren von der Atommaffia eine schmutzige Kampagne gegen das Betriebsratsmitglied gestartet, die sich versteckt auf dunklen Wegen im Betrieb abspielt. Es liegen Hinweise vor, daß drei verschiedene Unterschriftensammlungen gegen Jessen von Gefolgsleuten der Werksleitung betrieben werden, eine für ein Verfahren wegen „grober Amtspflichtverletzung", eine zweite, mit der die Werksleitung aufgefordert wird, alle erdenklichen Juristischen Maßnahmen gegen Jessen einzuleiten und schließlich eine dritte, die auf die fristlose Entlassung von Jessen wegen „Störung des Betriebsfriedens" abzielt. Die Aktivisten dieser Unterschriftenaktion sind vor allem Abteilungsleiter und andere Vorgesetzte. Es sollen jedoch auch gewerkschaftliche Vertrauensleute darunter sein.

Beteiligt an der Kampagne ist desweiteren ein gewisser Jörg Völker, der sich als „Sprecher der unabhängigen Angestellten" bezeichnet. Dieser Herr hat ein unverschämtes Schreiben an den Betriebsrat, bzw. dessen Geschäftsführenden Ausschuß geschickt. Völker fordert vom Betriebsrat *„klare, unzweideutige Aussagen"* darüber, wie er die *„vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Teilen der Belegschaft"* wiederherzustellen gedenke, die dadurch gestört sei, daß *„die Rede des Herrn Jessen vom Betriebsrat unwidersprochen hingenommen worden"* sei. In typischer Gesinnungsschnüffelmanier mutmaßt Völker, die Einstellung von Uwe Jessen sei eine Einstellung, *„wie sie der eine oder andere Betriebsrat womöglich noch verbirgt"*.

Weitere Kommentare zu dem Geist, von dem diese ganze Hetzkampagne getragen ist, dürften sich angesichts dieses Vokabulars wohl erübrigen!

Im übrigen hat KWU Tradition in diesem faschistoiden Gesinnungsterror. In den KWU-Werken Mülheim an der Ruhr wurde bereits einmal eine Ersatzbetriebsrätin und IGM-Vertrauensfrau aus ähnlichen Gründen fristlos gefeuert. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" brachte in diesem Zusammenhang einen Bericht über ähnliche schmutzige Hetzkampagnen gegen Belegschaftsmitglieder. Dabei wurden auf anonymen Flugblätter Kollegen als Kommunisten und KKW-Gegner denunziert und es wurde ihre Entlassung gefordert. Bekannt ist auch, daß in Mülheim die KWU-Bosse gemeinsam mit der dortigen reaktionären Betriebsratsspitze die Belegschaft auf die Straße schickten, um sie gegen AKW-Gegner und für Atomkraftwerke demonstrieren zu lassen.

Anlaß für das Kesseltreiben gegen Uwe Jessen ist eine Rede, die er Ende September auf einer Betriebsversammlung gehalten hat. Er widerlegte darin mit Zahlen aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) das Märchen, daß Atomkraftwerke und Kernenergie Arbeitsplätze sicherer machen würden. Jessen zeigte auf, daß Kernenergie Rationalisierung im Großmaßstab ist, daß durch sie in der Energiewirtschaft Arbeitsplätze in großem Umfang vernichtet werden.

Die Haltung des Betriebsrates ist im Berliner KWU-Werk glücklicherweise anders als in Mülheim. Der Abmahnung hat der Betriebsrat einstimmig widersprochen. Uwe Jessen stellt dazu in einer persönlichen Erklärung, die er an die Belegschaft verteilte, fest: „Damit hat der Betriebsrat ein Mindestmaß an demokratischem Verhalten unter Beweis gestellt". Zu den gegen ihn ergriffenen Maßnahmen schreibt Jessen: „Ich verlange in keiner Weise, daß man meiner Rede inhaltlich zustimmt, aber ich bestehe auf dem Recht auf freie Meinungsäußerung."

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Vorstoß der Rechten

Klassenkämpferische Positionen abgeschwächt

AUGSBURG. — Ein Großteil der Anträge und Entschließungen, die dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg vorlagen, war geprägt von klaren klassenkämpferischen Positionen. Aber diese Positionen konnten sich in manchen Fällen überhaupt nicht, und ansonsten nur unvollständig durchsetzen, bzw. wurden durch Kompromisse verstümmelt, abgeschwächt oder entschärft.

Eines bleibt jedoch festzuhalten: Eine Reihe von wichtigen Forderungen der Arbeiterbewegung wurde auf dem Augsburger Kongreß trotzdem klar und deutlich verabschiedet. So das gesetzliche Verbot der Aussperrung, der Kampf für die 35-Stunden-Woche, das Verbot aller faschistischen Organisationen, die Beseitigung der Berufsverbote, die Rücknahme des Brüsseler NATO-Beschlusses über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, die Verurteilung der antigewerkschaftlichen Parole von der sogenannten „kommunistischen Unterwanderung", die Verteidigung des Prinzips der weltanschaulichen und politischen Toleranz als eines Grundpfeilers der Einheitsgewerkschaft.

Gewiß sind die Ergebnisse dieses Kongresses der Druckerei- und Papierarbeiter, wenn man sie an den Kongressen der anderen Einzelgewerkschaften des DGB mißt, die in diesem Jahr stattgefunden haben, immer noch „erstklassig". Aber ein anderer Maßstab ist es, was die Mitglieder und die Masse der aktiven Gewerkschafter in der IG Druck fordern und wollen und was die wirtschaftliche und politische Entwicklung heute der Gewerkschaftsbewegung für Aufgaben stellt. Gemessen an dieser Elle kann man den Augsburger Kongreß nicht in einem so rosigen Licht sehen. Im Gegenteil. Da dürften viele Kollegen eine gewisse Enttäuschung verspüren, weil sie eigentlich auf konsequentere Beschlüsse in vielen Fragen gehofft hatten.

Daß dem so ist, läßt darauf schließen, daß die Delegierten, die mit klaren und revolutionären Standpunkten, mit einer konsequent oppositionellen Haltung nach Augsburg gefahren waren, doch noch ziemlich dünn gesät waren.

Die Vertreter des rechten Flügels im Funktionärskörper der IG Druck, zu denen auf dem Gewerkschaftstag eine Reihe von hauptamtlichen Funktionären der höheren Ebene zählten, wie das Mitglied des Hauptvorstandes Rudolf Dreßler, das Mitglied des erweiterten Vorstandes Uwe Körner, der 2. Landesvorsitzende von Niedersachsen Gerd Beu, der Bundesjugendsekretär Ingo Lehmann und andere, unternahmen einen massiven Vorstoß, um zu verhindern, daß sich in Bezug auf das DGB-Grundsatzprogramm und auf die Verteidigung und Festigung der Einheitsgewerkschaft konsequente Beschlüsse durchsetzen, mit denen die IG Druck und Papier eine klare Frontstellung gegen die innergewerkschaftliche Reaktion bezogen hätte.

Diese Gruppe rechter Sozialdemokraten erreichte, daß ein Antrag des Landesbezirks Hessen zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft, fallengelassen wurde, obwohl er von der Antragsprüfungskommission zur Annahme empfohlen war. Dieser Antrag wies die Parole von der „kommunistischen Unterwanderung" als gewerkschaftsfeindliches Spaltungsmanöver und als eine der Gewerkschaft von außen aufgezwungene Diskussion eindeutig zurück.



Eine Reihe wichtiger Forderungen, wie das Verbot der Aussperrung wurden verabschiedet.

Stattdessen wurde nun ein weit defensiverer Antrag verabschiedet, der ebenfalls vom Landesbezirk Hessen stammt. Dabei wurde zuvor folgender Satz gestrichen: *„Zugleich bedauert der Gewerkschaftstag, daß einige Kollegen im DGB die Unternehmerbehauptung einer angeblichen kommunistischen Unterwanderung aufgegriffen haben und damit objektiv die Unternehmerziele zur Schwächung der Gewerkschaften unterstützen."*

Dressel, Körner und Konsorten griffen in der Debatte über die Anträge zur Einheitsgewerkschaft mehr oder weniger offen das Prinzip der weltanschaulich-politischen Toleranz an. Sie wandten sich mit Erfolg dagegen, daß die gewerkschaftsfeindliche Parole von der sogenannten kommunistischen Unterwanderung vollständig und konsequent zurückgewiesen wurde. Sie vertraten offen den Standpunkt, daß man die Gewerkschafter nach ihrer politischen Gesinnung und ihrem Parteibuch bewerten und einteilen müsse, und zwar in Richtung der im Entwurf für das neue DGB-Grundsatzprogramm versteckt enthaltenen Unvereinbarkeitsklausel, die sich vor allem gegen marxistisch-leninistische Gewerkschafter richtet.

Mit einem Geschäftsordnungsantrag schaffte diese Gruppe es, die Mehrheit der Delegierten zu überrumpeln und einen Beschluß herbeizuführen, daß der gesamte Komplex der Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm dem Hauptvorstand als Material überwiesen wird, was nichts anderes bedeutet, als die Entmündigung des Gewerkschaftstages in diesem Bereich.

Und sie konnten drittens durchsetzen, daß ein ebenfalls zur Annahme vorgeschlagener Antrag der Bundesfrauenkonferenz der IG Druck, der den DGB zu einem konsequenten Kampf für Frieden und Abrüstung auffordert, völlig zusammengestrichen und entwertet wurde. Alle konkreten Punkte, die dieser Antrag enthielt, wurden herausgestrichen. Die wichtigsten davon waren: gegen die weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes, gegen den Bau der Neutronenbombe und ihre Stationierung in der BRD, gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen, für die Senkung des Rüstungshaushaltes und für einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei Abrüstungsverhandlungen.

Damit wurde praktisch verhindert, daß die IG Druck und Papier innerhalb des DGB Front gegen die reaktionäre Position der DGB-Führung in der Friedensfrage macht, also gegen die Unterstützung der militaristischen und proamerikanischen Politik der Bundesregierung durch Vetter, Loderer und Konsorten.

Auf dem Kongreß gab es keine Gruppierung von Delegierten, die dem Vorstoß der Rechten konsequent und offensiv entgegengetreten wäre. Wohl gab es einzelne Kollegen, die dies in einzelnen Fragen und Debatten versuchten, aber sie konnten sich in diesen Auseinandersetzungen nur selten behaupten. Die DKP-Mitglieder, zu denen an bekannten Namen Emil Carlebach und Erika Herzog zählten, vertraten wohl in einer Reihe von Fragen fortschrittliche Positionen, führten jedoch keinen konsequenten Kampf, um diese zu verteidigen, sondern verhielten sich opportunistisch.

Die prominenten IG-Druck-Führer Mahlein und Hensche, die ja in verschiedenen Erklärungen und auch im Rahmen des Geschäftsberichtes zu wichtigen Fragen fortschrittliche Standpunkte geäußert hatten und sich scharf gegen die Ideologie der Sozialpartnerschaft ausgesprochen hatten, führten gegen die rechte Gruppierung keinen sichtbaren Kampf. Vielmehr stellten sie sich in bestimmten Situationen, wo die Delegierten in zwei ungefähr gleich große kontroverse Lager geteilt waren, auf die Seite der Rechten. So bei der Entmündigung des Gewerkschaftstages in Bezug auf das Grundsatzprogramm.

Mahlein und Hensch wollten offensichtlich selbst verhindern, daß ganz eindeutige, oppositionelle und klassenkämpferische Standtpunkte sich auf dem Gewerkschaftstag durchsetzen konnten, und daß die IG Druck und Papier auf konsequente Positionen in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung innerhalb des DGB verpflichtet wurde. Ebenso wie sie auch nicht daran interessiert zu sein schienen, daß die Kritik vieler Delegierter an der abwieglerischen Tarifpolitik der IG-Druck-Führung zu entsprechenden praktischen und organisatorischen Konsequenzen und Beschlüssen weitergeführt wurde.

Als ein gutes Ergebnis ist allerdings der Beschluß des Kongresses zu betrachten, daß die IG Druck bis 1983, wenn der Manteltarif über die Wochenarbeitszeit ausläuft, ihre Mitglieder zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mobilisieren muß.

Auch der Augsburger Gewerkschaftstag der IG Druck beweist die Notwendigkeit einer starken, organisierten revolutionären Opposition in der IG Druck und Papier. Es gilt, die RGO weiter aufzubauen und zu stärken. Diese Aufgabe ist untrennbar verbunden mit dem solidarischen Kampf aller konsequenten oppositionellen Kollegen für die Umsetzung der fortschrittlichen Beschlüsse, die auf dem Augsburger Kongreß zustandegekommen sind.

Gewerkschaftstag der IG Druck beschließt Unterschriftensammlung

„Für das Verbot neofaschistischer Organisationen"

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat einstimmig einen Antrag mit dem Titel „Maßnahmen gegen den Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" verabschiedet, in dem es unter anderem heißt:

„Die IG Druck und Papier führt im Anschluß an den Gewerkschaftstag eine Unterschriftensammlung ‚Für das Verbot neofaschistischer Organisationen' durch. Sie wendet sich auch an die anderen DGB-Gewerkschaften, das gleiche zu tun. Die Unterschriften werden der Bundesregierung überreicht."

Der „Rote Morgen" ruft alle Genossen und Leser auf, diese Initiative des Gewerkschaftstages tatkräftig zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, daß die anderen DGB-Gewerkschaften sich der Aktion der IG Druck anschließen.

Was mit den Anträgen zum DGB-Grundsatzprogramm geschah

Ein Schachzug entmüdigte den Gewerkschaftstag

Als der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier über die Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm diskutieren und beschließen sollte, beraubte er sich selbst der Möglichkeit dazu. Das höchste Gremium der Gewerkschaft ließ sich durch einen Geschäftsordnungsantrag entmündigen.

Dem Gewerkschaftstag lagen 27 Anträge zum DGB-Grundsatzprogramm vor. Teils in eher allgemeiner Form, meist aber mit ganz genauen Änderungsforderungen und Formulierungsvorschlägen, verlangten diese Anträge eine Vielzahl von Korrekturen an dem vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Korrekturen, die vor allem wichtige gewerkschaftspolitische Fragen betreffen, indem sie sich gegen die reaktionären und sozialpartnerschaftlichen Positionen in dem Entwurf sowie gegen die in ihm enthaltenen Verletzungen der Grundlagen der Einheitsgewerkschaft richten.



Leonhard Mahlein bei der Eröffnung des Kongresses.

Zunächst war vorgesehen, daß mit diesem Antragskomplex folgendermaßen verfahren werden sollte: Bei einem Teil der Anträge sollte über seine Annahme bzw. Ablehnung durch den Gewerkschaftstag beschlossen werden. Die angenommenen Anträge wären dann durch den Hauptvorstand direkt als Anträge an den außerordentlichen Bundeskongreß des DGB gerichtet worden, der Anfang nächsten Jahres zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms zusammentritt (auf diesem Bundeskongreß sind nur die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften antragsberechtigt).

Der andere Teil der Anträge, also jener, bei dem nicht über Annahme bzw. Ablehnung beschlossen werden sollte, war für die Überweisung an den Hauptvorstand als Material vorgesehen. Diesen Materialanträgen wurde die relativ wenig verbindliche Rolle zugedacht, der Delegation der IG Druck und Papier als Richtschnur auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß zu dienen, d.h. daß der Hauptvorstand nicht im Einzelnen auf ihre inhaltlichen Positionen und noch weniger auf ihre konkreten Formulierungen festgelegt ist.

Der erwähnte Geschäftsordnungsantrag warf diese ursprünglich geplante Verfahrensweise um, so daß jetzt der gesamte Antragskomplex dem Hauptvorstand als Material zugeschoben wurde.

Das kam so: Zunächst äußerten einige hauptamtliche Funktionäre, Mitglieder des Hauptvorstandes und des erweiterten Vorstandes der IG Druck, in Bezug auf einzelne Modalitäten und über die vorgesehene Behandlung der Anträge, insgesamt unterschiedliche und differierende Auffassungen. Daraufhin kam es zu einer verwirrenden Geschäftsordnungsdebatte. Diese mündete schließlich in einem von dem Mitglied des erweiterten Vorstandes Uwe Körner eingebrachten Geschäftsordnungsantrag, der die Überweisung des gesamten Antragskomplexes an den Hauptvorstand als Material vorsah, mit Ausnahme eines kurzen, sehr allgemein gehaltenen und inhaltlich wenig ergiebigen Antrages des Landesbezirks Hessen.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen, wobei offensichtlich ein Teil der Delegierten sich über die Konsequenzen nicht voll im Klaren war. Aber vielen Kollegen wurde dann schnell bewußt, daß der Gewerkschaftstag sich selbst entmündigt hatte. Im Saal breitete sich Unruhe aus. Ein Teil der Delegierten verließ den Saal. Einige Redner übten scharfe Kritik an dem Vorgehen und verlangten eine Revision dieses über die Geschäftsordnung herbeimanipulierten schwerwiegenden Beschlusses.

Diese Forderung war berechtigt. Sie wurde aber von den Führungsgremien abgeschmettert. Allerdings bedurfte es dazu des persönlichen Eingreifens von Leonhard Mahlein, der sich zunächst völlig aus der ganzen Debatte herausgehalten hatte. Mahlein brachte eine Erklärung des Präsidiums vor, die den Entmündigungsbeschluß verteidigte.

In der Geschäftsordnungsdebatte begründeten die Verfechter des Entmündigungsbeschlusses ihren Standpunkt mit dem Erfordernis der Flexibilität. Man dürfe sich auf nichts festlegen, sonst sei man auf dem Bundeskongreß unflexibel. Anträge, die dort „nicht mehrheitsfähig" seien, hätten keinen Wert. Man könne mit ihnen ja nur „in Seligkeit sterben". Um mehrheitsfähige Koalitionen mit anderen Delegationen auf dem Bundeskongreß zu bilden, müsse man freie Hand haben.

Dieses Evangelium der Akrobaten des flexiblen Taktierens, jener bekannten Sorte von Funktionären „mit die elastischen Beine", wurde in der Debatte am konsequentesten von dem Mitglied des Hauptvorstandes Rudolf Dreßler formuliert. Ihm bot ein Delegierter aus Hamburg kontra, der sich gegenüber Dreßler und Konsorten zu einer Politik bekannte, die sich nicht prinzipienlos nur an Mehrheitsverhältnissen orientiert, sondern an der Verfechtung der Grundsätze einer konsequenten, einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik und an der Verteidigung der Einheitsgewerkschaft. Dieser Delegierte, der Kollege Dieter Brumm, sagte: **„Ich meine nämlich, daß es manchmal besser ist, mit einer klaren Stellungnahme zu unterliegen, als um jeden Preis mehrheitsfähig zu bleiben."**

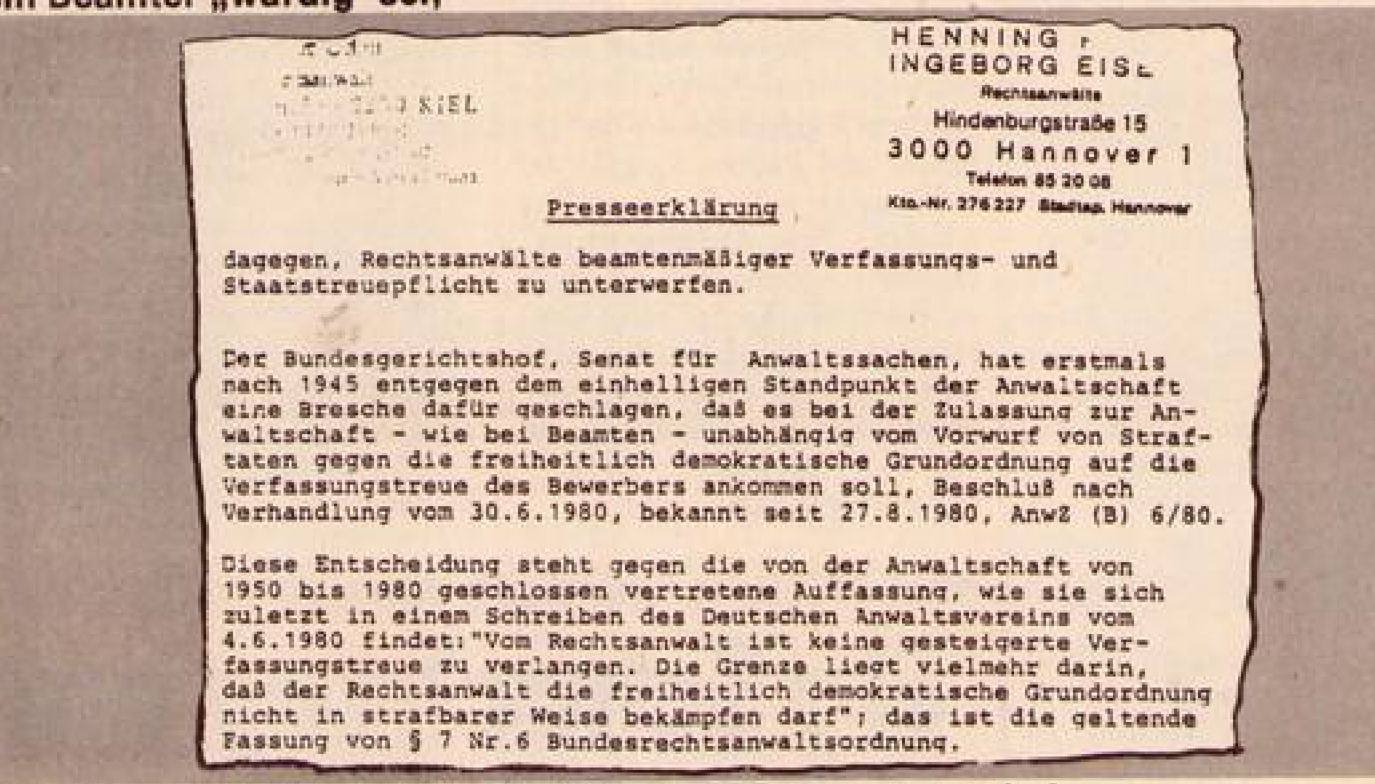
Hinweis

Den angekündigten Bericht über den 13. ordentlichen Kongreß der Postgewerkschaft bringen wir im nächsten „Roten Morgen".

Beamtenmäßige Staatstreuepflicht:

Ein weiterer Schritt zur Knebelung der Rechtsanwälte

Kiel. — In seinem Beschluß, den Kieler Assesor Drude die Anerkennung als Rechtsanwalt zu versagen und ihm jede weitere Wahrnehmung von Gerichtsterminen zu untersagen (vgl. RM Nr. 43), hat der Bundesgerichtshof am 30.6.1980 sich dafür stark gemacht, daß bei der Beurteilung, ob ein Beamter „würdig" sei, den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben, seine Verfassungstreue eine Rolle zu spielen habe. Das solle unabhängig von irgendwelchen Straftaten gegen die bundesrepublikanische Grundordnung überprüft werden.



HENNING + INGEBORG EISEL
Rechtsanwälte
Hindenburgstraße 15
3000 Hannover 1
Telefon 85 20 08
Kto.-Nr. 276 227 Stadtsp. Hannover

Presseerklärung

dagegen, Rechtsanwälte beamtenmäßiger Verfassungs- und Staatstreuepflicht zu unterwerfen.

Der Bundesgerichtshof, Senat für Anwaltssachen, hat erstmals nach 1945 entgegen dem einhelligen Standpunkt der Anwaltschaft eine Bresche dafür geschlagen, daß es bei der Zulassung zur Anwaltschaft - wie bei Beamten - unabhängig vom Vorwurf von Straftaten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung auf die Verfassungstreue des Bewerbers ankommen soll, Beschluß nach Verhandlung vom 30.6.1980, bekannt seit 27.8.1980, AnwZ (B) 6/80.

Diese Entscheidung steht gegen die von der Anwaltschaft von 1950 bis 1980 geschlossen vertretene Auffassung, wie sie sich zuletzt in einem Schreiben des Deutschen Anwaltsvereins vom 4.6.1980 findet: "Vom Rechtsanwalt ist keine gesteigerte Verfassungstreue zu verlangen. Die Grenze liegt vielmehr darin, daß der Rechtsanwalt die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht in strafbarer Weise bekämpfen darf"; das ist die geltende Fassung von § 7 Nr.6 Bundesrechtsanwaltsordnung.

Dagegen haben sich die Rechtsanwälte Otten (Kiel), Plähn und Eisele (Hannover) in einer Presseerklärung gewandt. Sie sehen in diesem Vorgehen die Tendenz zu einer „Verbeamtung der Anwälte ohne Gehalt und Pensionsanspruch". Sie weisen darauf hin, daß anläßlich der Zulassungsverfahren Drudes und eines änlich gelagerten Falles, der Assessorin Lindner, Bremen, die inzwischen Rechtsanwältin ist, sowie in dem beim Bundesverfassungsgericht liegenden Verfahren gegen Rechtsanwalt Gildemeier 1979 und 1980 verschiedene Anwaltsvereine, Juristenverbände, Personalräte, Richter und Staatsanwälte und andere gegen eine Ausdehnung der Verfassungstreueanforderungen bei der Anwaltszulassung ausgesprochen haben.

Die Situation der Rechtsanwälte in der Bundesrepublik, besonders bei politischen Prozessen, ist ohnehin miserabel. Die zahlreichen Ausschlüsse bei den sogenannten „Terroristenprozessen", die jahrelange und anhaltende Verleumdungskampagne gegen Anwälte, die sich nicht zum Hilfspersonal der Staatsanwaltschaft degradieren lassen wollten und wollen, werfen ein bezeichnendes Bild auf das westdeutsche Justizwesen. Auch diese Vorfälle haben mit dazu beigetragen, im Ausland für das Bild des Unrechts- und Polizeistaates BRD zu sorgen.

Wenn diese Situation jetzt weiter verschlechtert werden soll, ist das ein fundamentaler Angriff auf letzte Reste der „Rechtsstaatlichkeit", den man in keinem Falle hinnehmen darf.

Wir Kommunisten unterstützen den Kampf der fortschrittlichen Anwälte gegen diesen Angriff. Wir fordern ebenfalls die Zulassung von Peter Drude als Rechtsanwalt!

Die Hexenjagd

Hans-Peter de Lorent soll nicht Beamter werden. Schulsenator Joist Grolle (SPD) nahm seinen Vorschlag an den Beamtenernennungsausschuß zurück und reichte Disziplinarmaßnahmen gegen den Lehrer ein, weil dieser in seinem Berufsverbotsroman „Die Hexenjagd" (Weltkreisverlag, Dortmund) nach Meinung des Senators „ohne Mühe Vokabeln wie „alte Ratte", „Mischung aus Unverschämtheit und Dummheit", „schmieriger Gesichtsausdruck" und „Mafia" bezeichnete.

„Die Hexenjagd", in der de Lorent einen Lehrer mit Namen Christian Günther die wesentlichen Stationen seines eigenen Kampfes gegen den drohenden Ausschluß vom Schuldienst schildern läßt, ist eine lesenswerte Darstellung der Situation eines jungen Menschen, der Lehrer werden will, dem man aber wegen des Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit alle, aber auch alle Steine in den Weg legt, derer man habhaft werden kann.

Die Zusammenarbeit der Schulbehörde mit Führungsgremien der bürgerlichen Parteien, einzelnen reaktionär gesinnten Eltern, dem Verfassungsschutz, der Justiz und der Springer-Presse im Versuch, einen Menschen wegen seiner demokratischen Gesinnung fertigzumachen, die Kinder vor seinem „gefährlichen Einfluß" zu bewahren, wird deutlich; eine Kampagne, die bei so vielen zum gewünschten Erfolg führte, die darüber hinaus etliche moralisch und körperlich gebrochen hat.

Christian Günther — und Peter de Lorent — nicht. Er überwindet drohende Resignation, kämpft weiter, auch wenn er sich durch den ganzen Ärger, die dauernde Ungewißheit ein schweres Magenleiden zuzieht. Die Folge der unmenschlichen Hexenjagd, nach der hinterher keiner mehr fragt.

Peter de Lorent ist DKP-Mann. Deshalb ist in dem Buch viel von der DKP, ihrer Haltung zum Grundgesetz z.B., die Rede. Klar, das ist sein persönliches Beispiel. Peter de Lorent ist Demokrat und Antifaschist. Das wird aus dem Buch deutlich. Menschen, die auf dieser Grundlage entschieden ihre Meinung vertreten, sind wichtig und wertvoll. Man nimmt es ihm ab, wenn er dem Ansinnen sich doch mit einem Austritt aus seiner Partei den ganzen Ärger zu ersparen, mit den Worten begegnet: „Wer in die DKP eintritt, tut das als Konsequenz aus seiner Weltanschauung, seinem Bewußtsein. Die Parteimitgliedschaft ist somit Teil seiner Persönlichkeit. Wie soll man da austreten? Wie kann man weiterleben, nachdem man sich selbst amputiert hat?"

Unser Haltung zur DKP und ihrer Politik ist bekannt. Es war aber gerade ein Erfolg der Verfolgten in den Hamburger Berufsverbotsprozessen, daß alle einig gegen die Angriffe aufgetreten sind und sich im Kampf gegen den antidemokratischen Terror nicht durch Streit ums Parteibuch haben spalten lassen. Die dazu nötige Einstellung offenbart Peter de Lorent auch in seinem Buch.

Nun noch zu den Vorwürfen. Seine Gedanken bei der Entdeckung, daß ein in der „Welt" veröffentlichtes Hetzschreiben in seine Akte genommen wird, um ihn der „Indoktrination" zu bezichtigen, beschreibt er so: „Delirius ist eine alte Ratte. Er kennt sich aus. Weder mir noch einem anderen Opfer seiner Hexenjagdmethoden ist jemals der Vorwurf der Indoktrination gemacht worden. Im Gegenteil. Zu seinem Leidwesen gibt es unzählige Stellungnahmen von Vorgesetzten, Eltern und Schülern, die die Qualität des jeweiligen Unterrichts loben. Das alles weiß Delirius. Trotzdem kommt er mit diesen Vorwürfen an..."

Sind solche Gedanken etwa verwunderlich? Darf man sie heute schon nicht mehr niederschreiben?

An einer anderen Stelle beschreibt de Lorent einen Verfassungsschutzagenten vor Gericht: „Jawohl", sagt er unpassenderweise. „Ein kleiner Musteragent. Das Klischee von einem Verfassungsschützer bestätigend. Langer, heller Popelinemantel. Glattes, etwas schmieriges Gesicht."

Kann Peter de Lorent etwas dafür, daß diese Leute so aussehen?

Dieses Buch als Ablehnungsbegründung heranzuziehen, ist eine bodenlose Unverschämtheit, ein durchsichtiges politisches Manöver.

Das Perverse dieser Begründung wird noch deutlicher, wenn man weiß, daß de Lorent wegen der Mitherausgabe eines anderen Buches („Bin ich ein Verfassungsfeind?") bereits vorher Schwierigkeiten bekommen sollte. Das Buch ging mit in die Verfassungsschutzakten ein. De Lorent kommentierte: „So entlarvt sich ein Verfassungsfeind. Setzt sich hin und schreibt alles auf, was mit ihm passiert. Beruft sich wohl noch auf das Grundgesetz. Pressefreiheit und so." Daß er das jetzt ein zweitesmal gewagt hat, war den Staatsdienern offenbar zuviel.

Dagegen gilt es zu kämpfen! Peter de Lorent muß verbeamtet werden!

D.L.



Erschienen im Weltkreis Verlag, Postfach 789, 4600 Dortmund 1

Verhindern wir den NPD-Parteitag in Augsburg!

Am 22. November will die NPD in Augsburg ihren Bundesparteitag abhalten. Das demonstrative Auftreten dieser Partei nach dem faschistischen Massaker auf dem Münchner Oktoberfest ist eine Herausforderung für alle antifaschistischen Kräfte in unserem Land. Diese Herausforderung darf nicht unbeantwortet bleiben.

Wieder einmal besinnen sich deutsche Richter auf ihre traditionsreiche Vergangenheit: Nach einem Richterspruch muß die Stadt Augsburg den Faschisten sowohl Räumlichkeiten zur Verfügung stellen als auch für den Schutz der Veranstaltung Sorge tragen.

Bemerkenswert mutig ist die Stellungnahme des Augsburger Oberbürgermeisters Hans Breuer angesichts dieser Situation:

„Die Stadt Augsburg ist weder eine heimliche noch eine offene Brutstätte des Neofaschismus. **In Solidarität mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund steht der Oberbürgermeister an der Seite aller, die gegen Neofaschismus und gegen den NPD-Parteitag sind.**

Die rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt ausgeschöpft. **Jetzt gilt es, die politischen Maßnahmen zu ergreifen, und dazu sind alle herzlich eingeladen, denen es wirklich ernst ist im Kampf gegen den Rechtsradikalismus."**

Dieser Einladung sollten alle Demokraten Folge leisten!

Der DGB-Landesverband Bayern hat dazu aufgerufen, dieser NPD-Aktion nicht tatenlos zusehen und organisiert eine „optisch deutliche Großkundgebung zum Parteitag der Neonazis" Sie soll am 22.11. in der Augsburger Sporthalle stattfinden.

Auch auf dem IG-Druck-Gewerkschaftstag hatte die Ankündigung des Nazi-Parteitags helle Empörung ausgelöst. Leonhard Mahlein sagte dazu:

„Gerade nach dem Terroranschlag während des Münchener Oktoberfestes muß jedem klar sein, daß die geschlossene Kampfkraft der Gewerkschaften nicht zuletzt zur Abwehr der Gefahren gestärkt werden muß, die erneut aus dem rechtsextremistischen Lager drohen.

Die Gewerkschaftsbewegung kann nicht tatenlos zusehen, daß Gruppen und Grüppchen alter und neuer Nazis wie Giftpilze aus dem Boden schießen. Sie kann nicht zulassen, daß die Greueltaten und Verbrechen des Nazi-Faschismus in obskuren Veröffentlichungen verharmlost, nostalgisch verklärt oder gar als ungeschehen hingestellt werden.

Sie muß verhindern, daß eine Jugend, die die 12jährige Schreckensherrschaft nicht miterlebt hat, durch verantwortungslose Geschäftemacherei mit nazistischem Propagandamaterial verseucht wird. (...)"

Dem kann man nur zustimmen. Es gilt, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß dem Taten folgen. Gerade der Einsatz der „geschlossenen Kampfkraft der Gewerkschaft", das heißt des gesamten DGB, gegen die Neonazis ist das Gebot der Stunde, eine entscheidende Maßnahme zur Ausschaltung der faschistischen Volksfeinde. Gerade an diesem geschlossenen Einsatz mangelt es immer noch.

Wir Kommunisten müssen eine Triebkraft sein, die diesen Einsatz zustandebringt. Unsere Partei steht in vorderster Front im Kampf gegen die Faschisten. Unsere Genossen haben die Verpflichtung übernommen, unermüdlich für den Zusammenschluß und die einheitliche Aktion aller zu kämpfen, die bereit sind, den Rechten entgegenzutreten. Die Forderung nach dem sofortigen Verbot aller faschistischen Organisationen und jeglicher Form faschistischer Propaganda, die unsere Partei seit langem erhoben hat, muß ein Schwerpunkt im antifaschistischen Kampf in Westdeutschland werden.

Den Faschisten keinen Fußbreit!
Verhindern wir den NPD-Parteitag!
Verbot der NPD!

Verhöhnung der Opfer von München

CSU hält Spendengelder zurück

Einen weiteren Beweis ihrer Unmenschlichkeit lieferten die führenden bayrischen CSU-Politiker durch ihren Umgang mit den Spenden, die bei der Stadt München für die Opfer des Oktoberfest-Attentats und deren Angehörige eingegangen sind. Von den über 2 Millionen DM wurden bisher lediglich 157 000,— DM an die Betroffenen gegeben.

In seiner „Trauerrede" hatte Münchens Oberbürgermeister Kiesl von „großzügiger und unbürokratischer" Hilfe geschwätzt, während Strauß gleichzeitig seine Haßtiraden auf die demokratischen Kräfte losließ. Das Geld, was die Hinterbliebenen der Opfer erhielten, reicht aber zum Teil noch nicht einmal für die Beerdigung! Und an eine weitere Auszahlung ist für die nächste Zeit nicht gedacht.

Vertrösten will man sie mit dem Argument, es müßten erst die Möglichkeiten der Krankenkassen ausgeschöpft werden, und weitere Zuwendungen aus den Spendengeldern sollten später und da erfolgen, wo es keine gesetzlichen Leistungen gäbe. Das heißt, daß die Betroffenen sich eben doch selber bei den Ämtern und Kassen durchschlagen und um Unterstützung betteln müssen. **Damit haben sich Kiesl und Co. selbst der Lüge und der Heuchelei überführt.** Gegenüber den Opfern und den Spendern ist dieses Verhalten der „Volksvertreter" eine Provokation ersten Ranges.

Es bleibt die Forderung an die Stadt: Die Spendengelder müssen sofort an die Betreffenden weitergeleitet werden!

Gefängnis für gewerkschaftliche Solidarität?

MÜNSTER.— Solidaritätsaktionen der ÖTV mit den streikenden und ausgesperrten Stahlarbeitern im Dezember 1978 sind der Anlaß zu einem Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Münsteraner Kreisverwaltung der ÖTV, Detlef Rosenbach.

Dieses Verfahren wurde Mitte Oktober vom Münsteraner Amtsgericht eröffnet.

Als der Arbeitskampf in der Stahlindustrie bereits drei Wochen andauerte, 80 000 Kollegen streikten oder ausgesperrt waren, — es war der Streik, in dem es um die 35-Stunden-Woche ging, der aufgrund der Abwiegelei der IGM-Führung sein Ziel nicht erreichte — kam es zu Solidaritätsbekundungen der Kollegen anderer DGB-Gewerkschaften mit den Stahlarbeitern, zu Protestaktionen vor allem gegen die Massenaussperrung.

In Münster legten 300 Busfahrer und Müllwerker die Arbeit für zwei Stunden nieder. In anderen Städten des Ruhrgebietes solidarisierten sich Bergleute, Verkäuferinnen, Büroangestellte mit den Metallern. **Was sich mit „einstweiligen Verfügungen" durch Unternehmer-Anwälte damals nicht verhindern ließ, soll heute zur Kriminalisierung der gewerkschaftlichen Solidarität herhalten.**

Weil am 12. Dezember quergestellte Busse auf dem Stadtwerke-Gelände das Ausfahren der Busse verhindert hätten, sehen Münsters Staatsanwälte den Straftatbestand der „Nötigung" gegeben. Detlef Rosenbach, der als Geschäftsführer für diese Aktion verantwortlich gemacht wird, kann deswegen für fünf Jahre ins Gefängnis kommen!

Das ist nach dem Prozeß gegen die Gewerkschafter, die die Herstellung einer Streikbrecherausgabe der Londoner „Times" in Frankfurt verhindert haben, ein erneuter Versuch, die selbstverständlichsten gewerkschaftlichen Rechte per Gerichtsbeschluß zu kriminalisieren und einzelne Gewerkschafter exemplarisch zu bestrafen. Das muß auf den Widerstand aller Kollegen stoßen. Das Verfahren gegen Detlef Rosenbach muß eingestellt werden!

Acht Berufsverbote vom Tisch

Hetzkampagne der Springer-Presse

Am 8.10. wurden in Hamburg acht Lehrer ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe übernommen, deren Verbeamtung wegen der ihnen angelasteten „kommunistischen Gesinnung" gefährdet war und die schon mehrere Jahre Berufsverbotsverfahren laufen hatten.

Das ist ein großer Erfolg im Kampf gegen die antidemokratische Berufsverbotspraxis. Jetzt gilt es, den Kampf für die vollständige Abschaffung der Berufsverbote und die Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen zu verstärken.

8 Kommunisten als Lehrer

Einer nannte den Senat eine kriminelle Vereinigung

Wie kann ich mein Kind vor ihnen schützen?

Das sagen die Politiker

Die Lehrer, um die es geht

Redner für die Partei | Aktiv in Eimsbüttel | Erst nein, dann ja | Auch beim Spartakus

Unterricht in Billstedt | Rot und Biologie | Abc der Politik | In der KPD/ML

BILD-Hamburg

Mit einer hysterischen Hetzkampagne reagierte die Springer-Presse auf die Verbeamtung der acht Hamburger Lehrer. Mit Steckbriefen sollen sie kriminalisiert, sollen reaktionäre Kreise zu Gegenaktionen ermutigt werden.

Zu dem, was sich in Hamburg abgespielt hat, lassen wir hier die Betroffenen, denen unser herzlicher Glückwunsch gilt, selbst zu Wort kommen.

Am 18.10. erhielten wir folgenden Brief:

Hamburg, 16. Oktober 1980

Liebe Freunde und Berufsverbotsgegner!

Auch nach unserer Verbeamtung ist nicht alles „in Ordnung", wie die wütende Hetze der Springer-Presse beweist, deren infamsten Diffamierungsartikel („Wie kann ich mein Kind vor diesen Lehrern schützen?") wir zu Eurer Information beilegen.

Für uns steht die Frage anders: Wie können wir uns und andere vor diesem Lügenblatt schützen? Wir haben über unsere Rechtsanwälte BILD zum Abdruck unserer Gegendarstellung aufgefordert, außerdem werden wir Strafanzeige gegen BILD und gegen „unbekannt" in der Schulbehörde stellen, die BILD interne Informationen aus unseren Personalakten zugespielt haben.

Die Hetzkampagne hat jedoch ihr Ziel nicht erreicht: Nicht mit Zustimmung, sondern mit Empörung, Betroffenheit und Wut reagierten unsere Kollegen, Eltern, Schüler und Freunde auf diesen Artikel.

Die Berufsverbote sind noch nicht vom Tisch! Auch als „Nicht-mehr-Betroffene" werden wir weiter kämpfen für die Durchsetzung der Forderung: **Weg mit den Berufsverboten!**

Wir würden uns freuen, wenn ihr die beiliegende Erklärung veröffentlichen würdet.

Mit berufsverbotsfeindlichen Grüßen
Jutta Klaß
(Im Auftrag der nunmehr verbeamteten Kollegen)



Die Schüler standen immer hinter ihren Lehrern.

Erklärung zur Entscheidung des Beamtenernennungsausschusses vom 8.10.1980

Solidarität hat sich gelohnt!

Die Entscheidung des Beamtenernennungsausschusses vom 8.10.1980, uns acht Lehrer in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe zu berufen, sehen wir als einen vorläufigen Höhepunkt im Kampf gegen die antidemokratischen Berufsverbote.

Als vor knapp neun Jahren — mit der Verabschiedung des „Senatserlasses" und der Entlassungsverfügung gegen die Kollegin Heike Gohl — der Auftakt für eine bundesweite Berufsverbotspraxis von Hamburg ausging, hat sicherlich keiner von uns geahnt, welches Ausmaß an Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei, an persönlicher Repression und Einschüchterung auf uns zukommen würde.

Aus der persönlichen Betroffenheit heraus haben wir immer wieder versucht, uns gegen die Existenzbedrohung und Einschränkung demokratischer Rechte zu wehren. Dabei gab es sicherlich so manchen Augenblick, in dem Zweifel am Erfolg unserer Anstrengungen aufkamen. Um so mehr freuen wir uns über diesen Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote!

Dieser ist nur durch die **Solidarität** von Kollegen, Eltern und Schülern, von Bürgerinitiativen und anderen demokratischen Kräften möglich geworden. Ohne diese ständige Hilfe und Unterstützung, wie auch den persönlichen seelischen Rückhalt, wäre für keinen von uns die Belastung des Berufsverbotsverfahrens zu ertragen gewesen. Mut hat uns vor allem immer wieder die Erfahrung gemacht, daß alle, die sich mit unserem drohenden Berufsverbot beschäftigten, diese undemokratische und menschenfeindliche Praxis ablehnten.

Doch unsere Freude darüber ist, wie schon oft, nicht ungetrübt: Wir sind darüber empört, daß der Kollege Hans-Peter de Lorent entgegen den ursprünglichen Absichten von Senat und Behörde aus dem Vorschlag zur Verbeamtung herausgenommen wurde.

Der Kollege de Lorent soll wegen einzelner Passagen seines Berufsverbotsromans „Die Hexenjagd" auch weiterhin nicht verbeamtet und nunmehr auch disziplinarisch belangt werden.

Weiterhin sind noch ca. 50 Kolleginnen und Kollegen vom Berufsverbot betroffen oder bedroht. Dieses macht deutlich, daß der Widerspruch zwischen einer proklamierten „Liberalisierung" und der Aufrechterhaltung der Berufsverbotepolitik andauert.

Der Erfolg, der sich im Beschluß des Beamtenernennungsausschusses niederschlägt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Problem der Berufsverbote in Hamburg und in der BRD sich noch längst nicht von selbst erledigt! Die unglaubliche Diffamierungs- und Hetzkampagne, die die Springerpresse nach unserer Verbeamtung startete, zeigt, mit welch infamen Mitteln die Reaktion auch in Zukunft ein Klima des Untertanengeistes, der Einschüchterung und der Angst vor demokratischem Engagement erhalten will.

Gerade jetzt bedarf es der ganzen Kraft aller vom Berufsverbot Betroffenen und der Berufsverbotsgegner, insbesondere der Gewerkschaften, für den Kampf gegen die Berufsverbote.

Wir werden nicht eher ruhen in diesem Kampf, bis auch das letzte Berufsverbot gefallen ist.

Wir möchten auf diesem Wege allen Kolleginnen und Kollegen, allen Freunden und Bekannten danken, die uns im Kampf gegen die Berufsverbote unterstützt haben. Gleichzeitig fordern wir euch auf, mit uns zusammen für die Verwirklichung der Forderung einzutreten: **Weg mit den Berufsverboten!**

Sabine Auffermann, Heike Gohl, Inge Kasprczak, Jutta Klass, Ewald Leppin, Ursula Oehler, Maja Otto-Gellinek, Hans Werner Schäfer.

Interview mit Ursula Oehler

„Wir wollen ja gerade einen anderen Unterricht machen..."

Wir hatten Gelegenheit, mit *Ursula Oehler* telefonisch zu sprechen. Ursula ist Vertrauensfrau in der GEW-Gruppe an ihrer Schule.

RM: Herzlichen Glückwunsch von der ganzen Redaktion zu eurem Erfolg! Wie lange läuft diese Sache eigentlich, wart ihr zwischendurch vom Dienst suspendiert?

Ursula: Wir waren alle die ganze Zeit in der Schule. Die Verfahren laufen schon jahrelang, das von Heike ist das älteste Berufsverbotsverfahren überhaupt. Man hat zwar versucht, uns aus der Schule rauszukriegen; ich selbst war über zwei Jahre lang gekündigt, aber die Behörde ist damit nicht durchgekommen. Weil ich Widerspruch eingelegt habe, lief das Verfahren die ganze Zeit, ohne endgültig entschieden zu werden.

Es war für uns unheimlich wichtig, in der Schule zu sein, weil wir da unseren größten Rückhalt hatten.

Die 50 Kollegen, von denen wir in unserer Erklärung gesprochen haben, sind gar nicht eingestellt worden. Sie haben es da viel schwerer, denn dieser Rückhalt fehlt ihnen natürlich. Sie haben nur die Bürgerinitiativen und Komitees. Und natürlich die Gewerkschaft.

RM: Wie war das mit den Reaktionen auf die Hetze in der „BILD"-Zeitung — habt ihr da wirklich keine Schwierigkeiten gekriegt, gab es keine negativen Äußerungen euch gegenüber?

Ursula: Also, ich habe nur Zustimmung für uns gehört, von den Kollegen und auch von den Eltern. Das ist eine Zustimmung für unsere Auffassung von Unterricht. **Wir wollen ja gerade einen anderen Unterricht machen als üblich, wir wollen über Neonazis usw. berichten. Und die Eltern wollen das auch.**

Bei mir an der Schule sind die Eltern überwiegend Arbeiter und kleine Angestellte, und die wollen das. So hatte ich einen Jungen in meiner Klasse, und die Mutter hat ihre Tochter auch zu mir in die Klasse gegeben, extra, ausdrücklich zu mir.

Diese Zustimmung finden wir auch in der Gewerkschaftsgruppe, wo wir darüber sprechen, wie wir unseren Unterricht machen.

RM: Wie geht es jetzt weiter?

Ursula: Sehr wichtig ist, allen klarzumachen, daß mit unserer Verbeamtung nicht alles vorbei ist. Da sind eben die bewußten 50 anderen Kollegen, und da ist auch der Kollege de Lorent, der wegen seinem Buch nicht eingestellt worden ist. Dagegen muß man weiter vorgehen. Wir überlegen uns gerade weitere politische und juristische Schritte. Auch von unseren anderen Kollegen wird da noch was gemacht, denn das geht ja alle an, nicht nur uns allein.

Wir machen jetzt erst einmal eine Veranstaltung mit Fete, am Freitag, 21. November, in der ESG an der Uni, das ist in der Grindelallee. Um 19.30 Uhr geht's los. Dazu sind alle Berufsverbotsgegner eingeladen!

RM: Danke, jetzt wissen wir erst mal Bescheid. Tschüß und alles Gute!



Die Berufsverbotspraxis in der Bundesrepublik hat weit über unser Land hinaus Erinnerungen an die Nazi-Herrschaft wachgerufen. Es waren die Massenprotestaktionen im In- und Ausland, die die Erfolge im Kampf gegen die Berufsverbote ermöglichten.

GEW begrüßt Verbeamtung

„Alle Berufsverbote müssen vom Tisch!"

Die Verbeamtung der acht Hamburger Lehrer wurde vom Hamburger GEW-Verband nachdrücklich begrüßt.

Landesvorsitzender Dietrich Lembe betonte, daß „die grundsätzliche Forderung nach Aufhebung aller bisher ausgesprochenen Berufsverbote" trotz des neuen liberaleren Kurses des Senats noch nicht erfüllt ist.

„Da der sogenannte Radikalenerlaß inzwischen aufgehoben ist, muß das verhängte Berufsverbot gegen diese Kollegen rückgängig gemacht werden." „Die GEW wird nicht lockerlassen, bis alle Berufsverbote vom Tisch sind."

Starfighter abgestürzt

Knapp an der Katastrophe vorbei

Volkskorrespondenz aus Köln

Am Freitag, dem 17.10.80 gegen 12.45 Uhr stürzte in Hürth der 195. Starfighter F 104 G der Bundeswehr über Bundesgebiet ab. Über besiedeltem Gebiet, mitten im Kölner Chemiegürtel, geriet er in Brand, wurde vom Piloten noch in unbewohntes Gebiet gelenkt und stürzte kurz vor der vielbefahrenen B 265 in einen Wald.

Der Pilot blieb unverletzt. Menschen kamen nicht zu schaden. Ebenso hätte es aber zu einer Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß kommen können:

- 500 Meter von der Absturzstelle entfernt liegt das Wasserstoffwerk von Messer-Griesheim. Hätte der Pilot die Schleife nicht mehr so eng über Fischenisch weg gezogen, wäre er in dieses Werk gestürzt.
- Gleich daran grenzt ein Hürther Zweigwerk der Hoechst AG, in dem Tausende Tonnen Gase, Säuren, Aluminiumverbindungen u.ä., Wasserstoff, Venylchlorid, Propylen lagern. (Zu Wasserstoff braucht man wohl nichts zu sagen; mit Propylen war der Tankwagen gefüllt, der in Spanien auf dem Campingplatz explodierte, nur daß es sich hier um die zigfache Menge handelt)

Also, ein Absturz nur einige hundert Meter weiter hätte Hunderte Todesopfer gefordert und eine Giftgaswolke riesigen Ausmaßes zur Folge gehabt.

In der Presse wurde berichtet, daß vor einigen Jahren schon einmal ein in Nörvenich stationierter Starfighter in der Nähe eines Chemiewerkes, und zwar der Union-Kraftstoff Wesseling, abgestürzt ist. Damals entging man auch nur knapp einer Katastrophe.

In diesem Gebiet liegen auf wenige Quadratkilometern eng beieinander: zwei Betriebe der Hoechst AG, die Rheinischen Olefinwerke auf einer Fläche so groß wie das Stadtgebiet Brühl, eine Raffinerie der Shell AG mit riesigen Lagertanks, eine Raffinerie der Union-Kraftstoff AG und auf der gegenüberliegenden Rheinseite ein Werk von Dynamit Nobel, um nur die größten zu nennen.

Und da fliegen diese Straußschen Todeskisten ständig zwischendurch. Bei uns im Betrieb waren viele der Meinung, daß es verboten gehört, daß diese Maschinen zwischen den Chemiewerken herumfliegen.

Ein Kollege meinte, es wäre am besten, man würde den Dingern die Flügel stutzen und sie dürften damit nur noch auf dem Flugplatz herumrollen.

In diesem Sinne viele Grüße

P.


Alex Heuser. Dem Piloten des Starfighters ist zu verdanken, daß keine Menschen verletzt wurden.

Die Hauptabsturzstelle: Das Triebwerk schug eine Schneise in den Wald. Mehrere Bäume wurden gebrochen oder entwurzelt. Trümmerstücke lagen noch 300 Meter entfernt auf der B165.

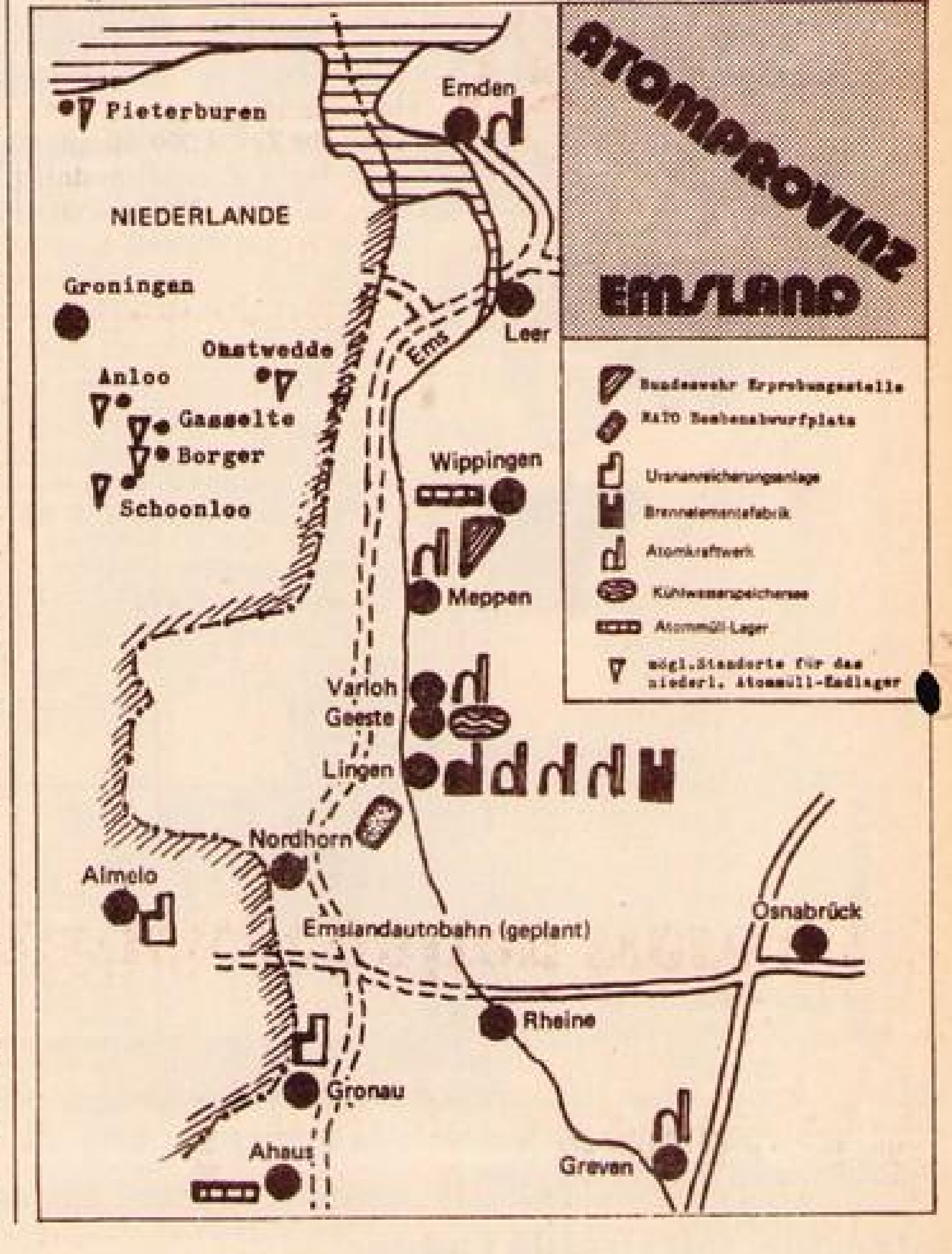
Bomben neben Atomanlagen

Wann kommt es zum Knall?

Volkskorrespondenz aus Lingen

Gut zu dem nebenstehenden Bericht paßt ein Ausschnitt aus der Zeitung „Die Tat" vom 17.10., den uns ein Leser aus Lingen zusandte. Er schreibt dazu:

„Die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe im Zusammenhang mit dem ‚zivilen' Atomprogramm der Bundesregierung nimmt immer mehr zu. Das verdeutlicht dieser Plan: Nur wenige Flugsekunden von Atomanlagen entfernt — ein Bombenabwurfplatz! (Nordhorn-Range). Und im Emsland sind vier weitere 1 300 MWe Reaktoren geplant, zwei davon in Lingen... An den Schutz der Bevölkerung ist bei solch einer Katastrophe gar nicht zu denken..."



Bombendrohung bei Gildemeister

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Montag um 9.50 Uhr hieß es plötzlich: „Raus aus dem Betrieb!" Die gesamte Belegschaft des knapp 1 500-Mann-Betriebes in Bielefeld-Sennestadt versammelte sich auf den angrenzenden Parkplätzen. Fragen wurden laut: „Was ist denn eigentlich los?" — Bombendrohung!

Einigen wurde mulmig im Magen. Nach den verbrecherischen Anschlägen in München und Hamburg, aber auch dem NPD-Brandanschlag in Bielefeld jetzt auch eine Bombe bei Gildemeister? Den Faschisten ist das zuzutrauen, zumal ja erst vor kurzem Gildemeister als „Waffenschmiede am Teutoburger Wald" berühmt wurde. Es werden Werkzeugmaschinen, mit denen Waffen hergestellt werden können, an die Sowjetunion verkauft. Sollten dies die Terroristen als Anlaß genommen haben, um einen weiteren Anschlag durchzuführen?

Die Bombendrohung kam von einer „Gruppe Köhler". Köhler war der Terrorist, der die Bombe in München hochgehen ließ und sich dabei selbst mit in die Luft sprengte. Ihm wurden auch gute Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann nachgewiesen. Die Gefahr bestand also immerhin. Aber: Wurde die Bombendrohung ernstgenommen? — Was hier ablief, war skandalös.

Um 9.50 Uhr wurde der Betrieb geräumt. Als um 10.20 Uhr die Bombe nicht hochgegangen war, hieß es dann: „Weiterarbeiten!" Keiner wußte so richtig, was los war. Ein Betriebsrat: „Na, sicherlich ein harmloser Spinner." — Zugegeben, vielleicht. Wenn aber nicht? Es ging das Gerücht um, die Polizei hätte die Fabrik durchsucht. Tatsache ist aber, daß bis zum späten Nachmittag niemand bestätigen konnte, daß die Polizei überhaupt im Betrieb drin war, geschweige denn intensiv nach der Bombe gesucht hätte. Das ist also auch ziemlich unmöglich, denn einen so großen Betrieb wie Gildemeister kann man nicht in 30 Minuten durchsuchen.

Man wartete einfach 30 Minuten ab, und dann kam die Anweisung, weiterzuarbeiten Denn schließlich kostet so ein Produktionsausfall auch 'ne Menge Geld, und eine halbe Stunde ist ja wahrlich auch genug. Das ist eine Frage der Kosten, sprich: des Profites. Dafür setzt man auch das Leben von über 1 000 Arbeitern aufs Spiel. Denn wenn eine Bombe existiert hätte und nach 10.20 Uhr hochgegangen wäre, hätte es Tote gegeben. Das nimmt die Geschäftsleitung in Kauf.

Leider fehlte noch die Kraft, die organisiert hätte, daß die Kollegen so lange draußen bleiben, bis der Betrieb durchsucht worden ist. Aber viele Kollegen haben aus diesem Vorfall gelernt und gesehen, wieviel ihr Leben wert ist: eine halbe Stunde Produktionsausfall.

Nach dem Östrogen-Skandal:

Informationen sollen zurückgehalten werden

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Auf ihre Weise begegnen Politiker, die für die Volksgesundheit zuständig sind, den dauernden Skandalen über verseuchte Lebensmittel: Sie wollen uns nicht mehr rechtzeitig informieren!

Das geht aus einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 24.10. hervor.

Und das als Konsequenz aus dem Östrogen-Kalbfleisch-Skandal!

Der Staatssekretär im Gesundheitministerium, Hans-Georg Wolters will durchsetzen, daß künftig bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr umgehend die Öffentlichkeit informiert wird, „es sei denn, eine unmittelbar drohende Gefahr müsse abgewendet werden". **Bestimmte „Reizworte", wie „Krebs" oder gar die „Kombination Baby/Krebs" würden nur zur Verunsicherung beitragen.**

Worum es offensichtlich geht, ist, den Druck aus der Bevölkerung abzuwürgen, der bisher bei allen derartigen Skandalen, auch z.B. bei diversen Arzneimitteln, das einzige Mittel war, das Kapitalisten und Politiker zu irgendwelchen Maßnahmen gegen gesundheitsschädliche Lebens- oder Arzneimittel veranlaßt hat. **Ohne diesen Druck, den lautstark geäußerten Protest und die Kaufverweigerung wäre die östrogenverseuchte Babynahrung heute noch auf dem Markt!**

Es lohnt sich, die weiteren Begründungen Wolters anzusehen, weil sie die Menschenfeindlichkeit und die Denkweise dieses „Volksvertreters" deutlich machen.

Nach seinen Worten haben wir in Zukunft nicht seltener, sondern häufiger mit solchen Vorfällen zu rechnen. Und warum? — Einmal, weil es immer mehr Stoffe gibt, die Rückstände in Lebensmitteln hinterlassen können. Daran etwas zu ändern, kommt ihm schon gar nicht in den Sinn.

Zum anderen hat man immer genauere Untersuchungsmethoden, um Rückstände nachzuweisen, und schließlich gibt es immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch solche Stoffe. Man sollte denken, das sei ganz toll, denn dann könnte man das Sicherheitsrisiko ja minimal halten. Aber eben das ist nicht gemeint.

Bessere wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage einer besseren Information der Bevölkerung? Im Gegenteil! Gerade deshalb — weniger Informieren! Und damit den Kapitalisten alle Wege offenhalten.

Wolters meinte auch, wenn er ein Baby und einen Vorrat an Kalbfleisch hätte, würde er sie nicht wegwerfen. Er hat gut reden. Ich jedenfalls habe das getan!


Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch

Rechtsextremismus unter Jugendlichen (Teil 1)

„Jung, dynamisch, nicht etabliert“

Wie rechtsextreme Gruppen Jugendliche umwerben

Die Bombenanschläge von Bologna, München und Paris haben viele Menschen in unserem Land aufgerüttelt. Die Neofaschisten in Europa formieren sich. Sie haben uns mit einer Welle von Gewalt und Terror konfrontiert, wie wir sie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr kannten. Erschreckend dabei: Es sind nicht die alten, ewig gestrigen Nazis, sondern vorwiegend junge Menschen, die den Terror ausüben. Gundolf Köhler war erst 21 Jahre alt. Die Zeit, in der in der westdeutschen NS-Szene Männer wie Manfred Roeder, Thies Christophersen oder Erwin Schönborn bestimmend waren, ist vorbei.

Dieser Verjüngungsprozeß in den rechtsextremen Kreisen ist verbunden mit einer weiteren Entwicklung: **Die offen militant auftretenden Gruppen vergrößern sich auf Kosten vor allem der NPD.** Wir wollen hier kurz aufzeigen, mit welchen Methoden hauptsächlich gearbeitet wird, um Jugendliche zu gewinnen.

„Bund Heimattreuer Jugend“

Der BHJ ist ein „eingetragener Verein“ und erklärt auffallend oft sein Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Er zählt zur Zeit höchstens 1 000 Mitglieder im Alter von sieben bis 16 Jahren. Das Durchschnittsalter der Führung liegt bei 25 Jahren.

Nach außen hin gibt sich der BHJ als unpolitisch und reine Pfadfindergruppe aus: „Ihr wollt doch sicherlich auch dabei sein, wenn wir auf Fahrt gehen und uns abends am Lagerfeuer spannende Geschichten erzählen!“ (...) Nur versteckt, in wenigen Dokumenten, verraten sie ihre wirklichen Ziele: „Brüder im Osten und Westen, Brüder in Österreich! Aus den zerschlagenen Resten bau'n wir ein neues Reich.“

Der BHJ führt zu Schulungszwecken sogenannte „Treffen der Generationen“ durch. Es nahmen u.a. teil: Flugkapitän Hans Baur, „13 Jahre Chefpilot bei Hitler, bis zuletzt im Führerhauptquartier“, Wilfried von Oven, einst Adjutant von Goebbels, Mitarbeiter der „National Zeitung“, Alfred E. Manke, Mitbegründer der „Aktion Widerstand“. Unterstützung bekommt der BHJ durch die rechtsextreme Monatszeitung „MUT“, die NPD-nahe „Deutsche Wochen-Zeitung“ (Mitherausgeber: Adolf von Thadden) und das NPD-Organ „Deutsche Stimme“.

Den Eltern gegenüber betont der BHJ Ordnung, Disziplin und Gemeinschaftssinn: „Unser sauberes und ordentliches Auftreten wird von vielen Herbergseltern geschätzt. Nikotin und Alkohol haben auf unseren Lagern keinen Platz.“ Den Jugendlichen gegenüber gibt er sich fortschrittlich und modern: „Wir sind eine andere Jugend! Wir haben die Heuchelei in Ost und West satt (...) Wir wollen keine tödliche Langeweile (...) Wenn uns keiner den richtigen Weg zeigt, dann suchen wir uns ihn selbst! Und wir werden ihn finden!“

Erfolg dabei? Bundesführer Gernot Mörig: „Wir verzeichnen einen guten Aufwärtstrend“. Rekrutierungsfeld: „Weniger politische Gruppierungen, eher Pfadfindergruppen und -verbände diversester Art.“

Wiking Jugend

Seit 25 Jahren gibt es die WJ, ebenfalls ein „eingetragener Verein“. Sie zählt nach eigenen Angaben zur Zeit 1 000 Mitglieder und ihr Selbstverständnis wird wie bei dem BHJ aus der bündischen Jugendarbeit erklärt. Doch so gleich sind die beiden Verbände nicht. Die „Wiking Jugend“ tritt wesentlich militanter auf. Zwei führende Funktionäre wurden wegen „rechtsextremistischer Gewalttaten“ zu insgesamt 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Bei Hausdurchsuchungen wurden neben Schlag- und Stichwaffen auch eine Maschinenpistole sichergestellt. In Westberlin hat die WJ mehrere antifaschistische Veranstaltungen gesprengt und Flugblattverteiler zusammengeschlagen.



Wiking Jugend auf einer Versammlung der Deutschen Volksunion.

Die „Wiking Jugend“ gibt es auch in Frankreich, England, Spanien, Holland, Belgien, Dänemark und Schweden. Sie teilt ihre Mitglieder in „Pimpfe“ und „Jungmädel“ ein und bekennt sich offen zur nationalsozialistischen Rassenideologie. „Rettung des NORDLANDES“, wie sie es nennen. Sie führt regelmäßig paramilitärische Übungen — „Wehrkampf“ — durch. Auf dem Programm stehen: Schießen, Keulenzielwurf, Hindernislauf und ein 25-Kilometer-Marsch. Für die „Pimpfe“ im fortgeschrittenen Alter gibt es Einzelkämpfer-Training. „Wir üben für den Krieg“, „Laßt die Fahrtenmesser blitzen und die Sozischweine flitzen“; „Blut muß fließen knüppeldick, wir scheißen auf die Freiheit in der Bundesrepublik“ — diese Sprüche fing der Fernsehreporter Dirk Gerhard auf einem Lager in der Eifel ein.

Für die Oberschulen gibt die WJ „Gäck — Das Schulmagazin mit der gewissen Note!!!“ heraus. „Chefredakteure sind Reiner Schmitz und Rudi Wittig (...) Hilfsredakteure sind u.a. Rübezahl und die 7 Zwerge, Knecht Ruprecht, die wilde 13 und der letzte Mohikaner“. Mit einer Mischung aus „Gäck“ und rechtsextremer Propaganda scheint die WJ Erfolg zu haben. Nach eigenen Angaben hat die Zeitung eine Auflage von 4 000 in Köln, 2 000 in Neuß, 5 000 in Berlin, 1 000 in Gladbach.

Unterstützung bekommt die WJ vom „Freiheitlichen Rat“ und durch Dr. Gerhard Frey, der neben der „National Zeitung“ (viertgrößte Wochenzeitung in der BRD) noch den „Deutschen Anzeiger“ herausgibt. Zulauf bekommt die WJ unter anderem aus Bundeswehr-Fan-Clubs, die auf Weisung des Verteidigungsministeriums in vielen Orten entstanden.

Junge Nationaldemokraten

In der JN sind Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren organisiert, nach eigenen Angaben 5 000. Das Bundesinnenministerium schätzte im vergangenen Jahr die Mitgliederzahl auf 1 600. Die JN stellt ihren politischen Anspruch heraus. Sie will aufräumen „mit dem Raub- und Mordgesindel“. Der gesamte „marxistische Sumpf“ müsse trockengelegt werden, denn „jeder Deutsche ist durch das rote Lumpenpack bedroht“. Ihre Parolen: „Fegt das rote Mordgesindel weg!“ „Zerschlagt den Kommunismus!“, „Zerschmettert die Welthochfinanz!“ Sie will die „Verwirklichung des dritten Weges jenseits von Kapitalismus/Liberalismus und Kommunismus/Marxismus.“ Zur Zeit betreibt sie mit der NPD die Ausländerhetze, fordert: „Ausländer stopp“ und „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“.

Untergliederungen der JN gibt es für Schüler, Lehrlinge, Soldaten und Studenten. In einer Anweisung heißt es: „... vor allem um die Alltagsprobleme kümmern. Nur ab und zu ‚große Politik‘ einfließen lassen.“

Freizeitgestaltung wurde auch von der JN als wichtiges Mittel begriffen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Man kennt Autoralleys, Zeltlager, Film- und Sportveranstaltungen usw. Im übrigen legt die JN keinen gesteigerten Wert darauf, daß ihre Mitglieder nicht rauchen oder trinken bzw. die Jungen kurze Haare tragen, wie es bei der WJ und dem BHJ üblich ist.

Es ist bekannt, daß die JN an verschiedenen Orten über trainierte Schlägertrupps verfügt, die Gegendemonstranten angreifen und zusammenschlagen. **Viele JNler halten den Kurs ihrer Organisation, vor allem aber der NPD für zu lasch und wandern deshalb ab zu den offen militanten Grupen der NS-Szene. Sie, die erst in den letzten Jahren entstanden, rekrutieren sich hauptsächlich aus Mitgliedern der JN. In Berlin gibt es direkte Verbindungen zwischen dem Landesvorstand der JN und der illegal arbeitenden NSDAP-AO.**

Die „Jungen Nationaldemokraten“ wiederum gewinnen viele ihrer Mitglieder aus der „Jungen Union“ und der „Schüler Union“.

Militante Gruppen

Zu den bekanntesten Gruppen zählt die **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten“** um Michael Kühnen aus Hamburg. Kühnen und ander Gefolgsleute der ANS sitzen zur Zeit im Knast. Überfälle auf Bundeswehrdepots, auf den NATO-Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, auf eine Hamburger Sparkasse, einen Kölner Kaufmann und schwere Körperverletzung an mehreren Personen gehen auf ihr Konto. Kühnen kam in dem Bückeburger Prozeß Ende vergangenen Jahres glimpflich davon und erhielt nur vier Jahre. Ein halbes Jahr später zog die Bundesanwaltschaft ihr Revisionsbegehren klammheimlich zurück. Man rechnet jetzt damit, daß Kühnen 1981 wieder auf freiem Fuß sein wird.

Der Rest der Hamburger Gruppe blieb unterdessen nicht untätig. Ähnliche Gruppen wurden in Kiel, Bremen, Hannover, Braunschweig und Frankfurt gegründet. Auf das gesamte Bundesgebiet verstreut soll es an die 1 000 zumeist Jugendliche aus Arbeiter- und Handwerkskreisen geben, die sich diesem Teil der NS-Szene zugehörig fühlen.

Das politische „Programm“ der ANS läßt sich in drei Parolen zusammenfassen: „Aufhebung des NS-Verbotes, d.h. Legalisierung der NSDAP; 2. Baustopp für Atomkraftwerke; 3. Kampf dem Kommunismus“. Bekannt geworden ist die Truppe um Kühnen hauptsächlich durch spektakuläre Aktionen, die eigens für die Presse organisiert wurden. So die Esels-Aktion in Hamburg und eine große Saalschlacht in Schleswig-Holstein bei einer Geburtstagsfeier für Adolf Hitler.

Mit genauso geringem politischen Anspruch arbeiten die verschiedenen Wehrsportgruppen. Die bekannteste und größte ist die verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann. Sie zählt 400 Mann, aus ihr kam Gundolf Köhler. Militärischer Drill und militärische Trainingscamps sind ihre Hauptaktivitäten. Den Mitgliedern wird eingeimpft, daß sie bedingungslos ihrem Führer zu folgen haben und der Kampf sich gegen alles, was rot und kommunistisch ist, zu richten hat. Die Wehrsportgruppen verfügen über ein großes Arsenal von Waffen und militärischem Gerät, zum Teil direkt aus Bundeswehrbeständen. Und sie dürften bei den Gewalttätigkeiten der letzten Wochen, wenn nicht direkt wie in München, so doch indirekt beteiligt gewesen sein.

Hoffmann verfügt über gute Kontakte zu Frey („National Zeitung“), zur Wiking Jugend (da dürfte auch ein Teil seines Nachwuchses herkommen) und zu den militanten NS-Gruppen.

Die Attraktivität

Trotz der Unterschiede, die aus der Aufzählung deutlich geworden sind, gibt es viele Gemeinsamkeiten unter den rechtsextremistischen Jugendorganisationen.

Rechtsextreme Jugendliche, ganz gleich aus welchem Verband, sind in der Regel keine geschulten, ideologisch standfesten Nationalsozialisten. Natürlich vertreten sie rechtsextremes Gedankengut und klopfen die stärksten Sprüche, doch die meisten haben sich nicht mehr, eher weniger, wie andere Jugendliche in ihrem Alter, mit diesem Thema beschäftigt.

Wer glaubt, Jugendliche würden sich rechtsextremen Kreisen anschließen, weil sie primär ihre Weltanschauung teilen, der befindet sich auf dem Holzweg. Nicht die NS-Ideologie, sondern Kameradschaft ist das Schlüsselwort zum Verständnis rechtsextremer Jugendorganisationen. Jugendliche haben das Gefühl, sich in derartigen Gruppen mit ihrer ganzen Person einbringen zu können, mit ihrem Wunsch, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren, ihre persönlichen Probleme darzustellen und zu lösen, mit ihrem Wunsch, nicht nach ihrer sozialen Herkunft beurteilt zu werden, mit ihrem Wunsch nach Bindung und Orientierung, mit ihrem Wunsch, politisch zu arbeiten, aber auch gemeinsam Sport zu treiben, zu quatschen, ein Bier zu trinken usw.

Genaue Aussagen über die soziale Herkunft der Jugendlichen in rechtsextremen Gruppen gibt es nicht. Doch nach übereinstimmenden Berichten von Journalisten kommen die Führer aus gut bürgerlichen Familien, haben Abitur und wollen studieren. Die einfachen Mitglieder kommen in der Regel aus Arbeiterfamilien und sind nicht selten arbeitslos. Mädchen sind in allen Organisationen stark unterrepräsentiert.

Im nächsten RM:
Die Lage der Jugend • Geschichte in der Schule • Rechtsextremismus in der Literatur und Rock Musik • Den antifaschistischen Kampf unter der Jugend organisieren

Demonstrationen gegen öffentliche Vereidigung



Zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr sind in mehreren Standorten öffentliche Vereidigungen geplant. Zahlreiche Jugendverbände und Untergliederungen der Gewerkschaftsjugend haben ihren Protest dagegen angekündigt. Die Rote Garde ruft dazu auf, die zentrale Großdemonstration am 8. November in Bonn zu unterstützen. Sie steht unter dem Motto: „Für Frieden und Abrüstung — Gegen Militarismus — Für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung“. Treffpunkt 12.30 Uhr, Nordbrücke. Weiterhin wird die Rote Garde sich an den anderen geplanten örtlichen und regionalen Aktivitäten beteiligen.

Ungarn: Streiks in der Hauptstadt

BUDAPEST.— Auch in der ungarischen Hauptstadt Budapest ist es zu verschiedenen Streiks in großen Betrieben gekommen.

Der ungarische Gewerkschaftsvorsitzende Sandor Gaspar erklärte in einem Interview mit dem Zentralorgan der ungarischen Partei, „Nepszabadsag“, daß es in verschiedenen großen Betrieben Budapests zu mehrstündigen Streiks gekommen sei.

Dieser Teil seines Interviews wurde von der ungarischen Nachrichtenagentur MTI in dem von ihr verbreiteten Text nicht wiedergegeben.

Den Kadár-Leuten ist es offensichtlich in die Knochen gefahren, daß die Arbeiter der ungarischen Hauptstadt sich gegen ihren sogenannten liberalen Sozialismus wenden, der aus dem Land ein Investitionszentrum westlichen Kapitals gemacht hat, was für die Werktätigen steigende Preise und zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet, während sogenannte „rote Millionäre“ in der Presse dargestellt werden.

Belgien: Nazis vor Gericht

ANTWERPEN.— 60 belgische Nazis stehen wegen Vandalismus vor einem Antwerpener Gericht.

Zehn Tage nachdem 300 Mitglieder der faschistischen VMO-Bande mit Helmen und Eisenketten bewaffnet durch die Straßen gezogen waren, wurden alle dabei verhafteten Teilnehmer vor Gericht gestellt.

Die großen antifaschistischen Massenkundgebungen, die in diesen Tagen in verschiedenen belgischen Regionen stattfanden, haben offensichtlich einige Wirkung getan.

Frankreich: CRS erschießt Jugendlichen

MARSEILLE.— Bei einer Ausweiskontrolle in Marseille, die der Suche nach gestohlenen Autos galt, erschoß ein Beamter der CRS-Polizei einen 17jährigen marokkanischen Jugendlichen.

Offiziell wurde erklärt, dies sei ein Unglücksfall gewesen, da sich bei der Kontrolle versehentlich mehrere (!) Schüsse gelöst hätten, die den Jungen tödlich trafen.

Noch am selben Tag organisierten verschiedene Parteien und Gewerkschaften, sowie Vereinigungen ausländischer Arbeiter in Frankreich und die islamische Gemeinde Marseilles eine Protestdemonstration, an der sich 4000 Menschen beteiligten.

EG: Arbeitslosigkeit steigt

BRÜSSEL.— Waren zur Jahresmitte 1980 (siehe letzten RM) noch 6,5 Millionen Menschen innerhalb der EG ohne Arbeit, so stieg diese Zahl bis Ende September nach offiziellen Angaben auf 7,1 Millionen.

Damit ist jetzt in der EG jeder fünfzehnte Werktätige ohne Arbeit. Im Vergleich zum September letzten Jahres beträgt die Steigerung 18,3 Prozent. Luxemburg, die Bundesrepublik und die Niederlande liegen unter dieser Durchschnittszahl Dänemark auf dieser Höhe, während Britannien, Irland, Italien und Frankreich darüber liegen. In Belgien ist jeder neunte ohne Arbeit.

In allen Teilen Griechenlands

Massendemonstrationen gegen die NATO

ATHEN.— Der offizielle Wiedereintritt Griechenlands in die NATO rief bereits in der letzten Woche massive Protestaktionen in den städtischen Zentren des Landes hervor. Die Regierung Rallis und Präsident Karamanlis hatten diesen Schritt nach intensiven diplomatischen Aktivitäten der USA und des NATO-Oberbefehlshabers, General Rogers, beschlossen.

Nachdem mit dem Militärputsch in der Türkei der Widerspruch von dort aus gegen Griechenlands Wiedereintritt beendet war, planten die griechische Regierung und der Generalstabschef Gratsios den Widerstand des eigenen Volkes durch einen Überraschungscoup zu brechen. Über die Verhandlungen wurde absolutes Stillschweigen bewahrt.

Diese Geheimpolitik der griechischen Regierung war notwendig, da erst vor kurzem systematisch durchgeführte Meinungsumfragen im Lande, die das Klima bessern sollten, ergeben hatten, daß mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen Wiedereintritt in die NATO sind.

Der Hauptgrund für diese Haltung ist bekannt: Die sieben Jahre blutiger faschistischer Diktatur der Pattakos und Co. sind noch längst nicht vergessen, die Wunden noch nicht vernarbt. Und es ist auch bekannt, daß es der amerikanische Geheimdienst CIA war, der 1967 diesen Putsch inszenierte, sowie, daß die NATO das Militärregime bedingungslos unterstützte.



Studentendemonstration in Athen 1973: Die Hauptlosung der damaligen Massenbewegung, die zum Sturz der Junta führte, war „Nieder mit der Junta — raus aus der NATO“. Die Erinnerung ist fest verwurzelt.

Noch während die Kriegsdiplomaten aus Washington zwischen Athen, Rom und Ankara hin und her hetzten und die beiden Regierungen zur Einigung zwangen, gab Papandreou, der Führer der oppositionellen Sozialistischen Partei die Losung aus, Griechenland müsse sich endgültig und völlig aus der NATO lösen. Dies stieß bei einer Kundgebung mit 50000 Teilnehmern in der Hafenstadt Patras auf begeisterten Jubel.

Und noch während die Nachrichtensperre im eigenen Land galt, gab es in Athen und Thessaloniki die ersten Massendemonstrationen. An den Demonstrationen, die bereits vor der offiziellen Verkündung des Regierungsbeschlusses stattfanden, beteiligten sich mehr als 40000 Menschen. Alle oppositionellen Parteien und Organisationen haben sich inzwischen bereits gegen den Beitritt zur NATO ausgesprochen.

Auch zahlreiche Streikende des öffentlichen Dienstes sprachen sich auf gewerkschaftlichen Kundgebungen bereits gegen diesen Beschluß Rallis und Karamanlis aus — ihre Organisationen waren schließlich unter dem Regime der NATO-Obristen verboten gewesen.

Gerade jetzt, da im ganzen Land eine große Streikbewegung entsteht, muß dieser Regierungsbeschluß für die Gewerkschaftsbewegung Griechenlands eine offene Provokation darstellen.

Aktionen gegen Faschismus in ganz Frankreich

PARIS.— Überall in Frankreich fanden in den ersten Oktobertagen gewaltige Massenaktionen gegen die faschistischen Terrorbanden statt, die mit ihren Morden den Haß der demokratischen Öffentlichkeit des Landes auf sich gezogen haben. Immer wieder wurden dabei auch Polizei und Innenministerium der Verwicklung angeklagt.

Neben der gewaltigen Massendemonstration von Paris an der sich rund 300000 Menschen beteiligt hatten gab es allein in Paris vier weitere Aktionen mit über 20000 Teilnehmern.

Verschiedene der Protestkundgebungen wurden von der Zusammen mit verschiedenen anderen Polizeiskandalen der letzten Zeit, so im Mordfall Broglie, und dem Vorgehen der Polizeieinheiten, insbesondere der CRS, hat dies den Unmut gegen die Polizei wesentlich verstärkt.

An all diesen Kundgebungen



Der Block der Union des Volkswiderstands auf der Pariser Massendemonstration.

Polizei umstellt, die gegen die antifaschistischen Demonstranten einen rüden Ton anschlug. Der Grund: Die Enthüllungen der Polizeigewerkschaften über die Durchsetzung der Polizei mit Nazis — und umgekehrt — haben die Öffentlichkeit in Frankreich aufs höchste erregt.

in Paris beteiligte sich auch die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs, der Jugendverband UJAFAI und die Union des Volkswiderstands gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Im Gegensatz zur Politik der revisionistischen KP Frankreichs richteten die französischen Kommunisten ihre Angriffe nicht nur auf die Faschisten selbst, sondern warnen auch vor den Verbindungen zwischen Staatsmacht und Faschisten.

Die Union des Volkswiderstands verbreitete bei diesen Aktionen auch zahlreiches Material, das beweist, wie diese faschistischen Umtriebe der Nazis und die seit langem von offiziellen Stellen geschürte rassistische Kampagne gegen ausländische Arbeiter und Studenten eine Strömung der reaktionären Politik der französischen Herrschenden darstellen.



Streikende Arbeiter in Polen

Behinderung durch Behörden

Polnische Gewerkschaften ringen um Zulassung

Drohungen vom Warschauer Pakt

WARSZAWA.— Dem neugegründeten polnischen Gewerkschaftsverband „Solidarität“ werden von den polnischen Behörden verschiedene Hindernisse in den Weg gelegt. Neben dem Bekenntnis zur Verfassung Polens soll jetzt in die Statuten auch eine Anerkennung der „führenden Rolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ aufgenommen werden. Dies zu tun haben sich die Führer der neuen Gewerkschaft geweigert.

In diesen Tagen scheint sich dieser Widerstand ausgezahlt zu haben, denn es wurde ein Parlamentsausschuß einberufen, der ein neues Arbeitsgesetz und ein neues Gewerkschaftsgesetz ausarbeiten soll. Von Seiten der freien Gewerkschaften wurden neben Lech Walesa auch Andrej Gwiazda und Jaroslwa Sienkiewicz als Teilnehmer berufen.

Die „Solidarität“-Gewerkschaften, die bereits mehr Mitglieder haben als der staatliche Gewerkschaftsapparat, haben angesichts der verschiedenen Einschüchterungsversuche sowohl eine klare Haltung als auch einen kühlen Kopf bewahrt. Sie distanzieren sich dabei auch von der westgesteuerten „Konföderation für ein unabhängiges Polen“, die versuchte, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Währenddessen werden die Drohungen fortgesetzt. Nach den Militärmanövern des Warschauer Pakts wurde die neueste Außenministertagung dazu benutzt, Druck auf Polen auszuüben, während alle anderen sogenannten Bruderländer öffentlich auf Distanz zur polnischen Partei gehen. Auf einer Kundgebung in Krakow sagte Lech Walesa zu diesen Vorstößen, die Gewerkschaftsorganisationen würden jetzt so arbeiten, als wären sie bereits anerkannt und würden sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen.

Währenddessen versucht die offizielle Politik der PVAP weiterhin alles, das Gesicht der herrschenden Klasse zu wahren. Weiterhin werden, jetzt auch in verschiedenen Provinzstädten, besonders auffällige korrupte Elemente und Profitjäger vor Gericht gestellt.

Ein Prozeß droht jetzt auch einem sehr prominenten Mitglied der Mannschaft Edward Giereks: Der ehemalige Ministerpräsident Babiuch wird immer schärfer kritisiert. Nachdem er noch beim letzten Parteitag gefeiert worden war als starker neuer Mann hingestellt, soll ihm jetzt ein Großteil der Verantwortung aufgelastet werden.

Kritik an Polens alter Garde

Rumäniens Ceaucescu nimmt den Mund voll

Beschönigung der eigenen Zustände

BUKAREST.— In einer Rede vor dem Zentralkomitee der rumänischen revisionistischen Partei hat der Parteivorsitzende Ceaucescu heftige Kritik an der seitherigen polnischen Führung geübt und betont, solch eine Entwicklung sei in Rumänien unmöglich.

In Polen, so Ceaucescu, sei grundlegend gegen den Sozialismus verstoßen worden. Privilegien für Parteifunktionäre und Reprivatisierung der Landwirtschaft hätten alle möglichen kapitalistischen Elemente ermutigt und entwickelt. Demgegenüber hätten die Arbeiter nicht das Recht gehabt, ihre Meinung zu sagen.

So richtig dies sein mag, auch wenn er die jetzige Führung natürlich ausnimmt, obwohl sie aus Leuten besteht, die dazugehören, so ist es doch gleichzeitig und vor allem ein Manöver, um Ruhe im eigenen Haus zu sichern.

Selbst das fürstliche Leben des Ceaucescu-Klans einmal vergessen, bleiben immer noch genügend Tatsachen, die beweisen, daß es auch im revisionistisch beherrschten Rumänien nicht anders aussieht als in Polen. Gerade in der Bundesrepublik sind beispielsweise die rumänischen Leiharbeiter noch in guter Erinnerung, die der jetzige Kritiker selbst vor einigen Jahren an westdeutsche Baukapitalisten vermietete. Ebenfalls bekannt sind die sehr ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen Rumäniens zum Westen, wo Investitionen im amerikanischen Dollar und der westdeutschen Mark an der Tagesordnung sind.

Und was die Rechte der Arbeiter betrifft, so sei an den von Sicherheitskräften niedergeschlagenen Streik der rumänischen Bergbauarbeiter vor einiger Zeit erinnert, wo von Demokratie oder einem funktionierenden gewerkschaftlicher Organe nicht die Rede war.

So ist auch das einzig ernstzunehmende an Ceaucescus Rede die Drohung gegen die freien Gewerkschaften. Man kenne diese Losung, die stets eine reaktionäre und antikommunistische Losung gewesen sei, betonte er. Was insofern richtig ist, wenn die Alternative von der kommunistischen Partei geführte Klassengewerkschaften sind. Dies aber ist in den Ländern Osteuropas überholt, wo der Kommunismus nur noch hohle Phrase ist.

Karmal auf „Staatsbesuch" in Moskau

Normalisierung soll demonstriert werden

Aber nach wie vor Kämpfe in verschiedenen Provinzen

MOSKAU.— Der Empfang für Babrak Karmal in Moskau, der ganz in der Art eines normalen Freundschaftsbesuches organisiert wurde, soll eine angebliche Normalisierung der Lage in Afghanistan demonstrieren, die es in Wirklichkeit nicht gibt.

Mit allen Ehren eines Staatsoberhauptes wurde Babrak Karmal in Moskau empfangen. Mit seinem offiziellen, ausgedehnten Besuch sollte gezeigt werden, daß die Lage in Afghanistan normal ist, daß der Chef der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVP) sich seinen internationalen Aufgaben widmen kann. Aber selbst aus den Tatsachen und Berichten, die aus den Dokumenten des Besuchs selbst hervorgehen, wird ein anderer Zustand des Landes deutlich.

Wie die sowjetische Nachrichtenagentur TASS mitteilte, hat die UdSSR seit dem sogenannten Freundschaftsvertrag von 1978 bereits den Bau von 73 Fabriken und Industrieprojekten abgeschlossen, während 76 weitere noch im Bau sind. Von diesen Fabriken allerdings, das wird in dem Kommuniqué nicht erwähnt, dient die Mehrzahl zur Bearbeitung und Weiterleitung von Erdöl und Erdgas in die UdSSR, die ihrerseits an Afghanistan Kohle verkauft. Das afghanische Erdgas, neben der strategischen Lage des Landes einer der Hauptgründe für das Interesse der sowjetischen Imperialisten an Afghanistan, befindet sich also fest in Moskaus Hand.

Aber auch die amtlichen Angaben und Beteuerungen über die politische und militärische Lage sind durchsichtig. So wird behauptet, die „Banditenaktionen", wie der Widerstand offiziell genannt wird, würden immer mehr abnehmen. Andererseits wird selbst in der Hauptstadt Kabul die Ausgangssperre um zwei Stunden verlängert, auch dies eine amtliche Verfügung. Zählbar sind schließlich auch, im Gegensatz zu manchen Angaben über den Widerstand im Inneren des Landes, die Zahlen der nach Pakistan geflohenen Menschen: Eine Million und zweihunderttausend leben dort bereits, vorwiegend in Flüchtlingslagern.

Daß das afghanische Volk seiner Meinung nach, ein Volk von Banditen sei, hat im Kreml noch niemand gesagt. Aber es ist die Schlußfolgerung, die man aus der Sachlage und dem Vorgehen Moskaus ziehen muß.

Gleichzeitig diente Karmals Besuch in Moskau noch dem Ziel, dessen Position, national wie international zu stärken. International in Beziehung auf die nächste UNO-Versammlung, wo die Frage von Afghanistan zur Debatte steht. Damit will Moskau Signal setzen, daß Karmal nach wie vor sein Mann in Karbul ist und daß die Moskauer Imperialisten zumindest gegenwärtig nicht bereit sind, über ihn Kompromisse zu schließen. **Dieses Signal gilt natürlich nicht den westlichen Imperialisten, die sowieso nur eine Lösung in ihrem Sinne in Afghanistan akzeptieren würden sondern es gilt vor allem jenen zahlreichen Staaten Asiens und Afrikas, die die sowjetische Intervention verurteilt haben und keine Vasallen Washingtons sind.**



„Normalisierung" in Kabul: Panzer und Patrouillen.

Im Inneren ist dieser Besuch eine Antwort auf die wachsenden Differenzen innerhalb der regierenden „Partei". In der DVP drohen die beiden, auf Befehl der UdSSR zusammengeschweißten Gruppen Parcham und Khalk wieder auseinanderzubrechen. Insbesondere die Khalkgruppe des gestürzten und liquidierten Amin wittert wieder Morgenluft. Es ist Karmal nicht gelungen, das Land durch seine Abgrenzung gegen Amin zu befriedten. Je weniger er diese Aufgabe erfüllt, desto schwächer wird seine Position.

Die nationale Widerstandsbewegung kann diese Schwäche des Regimes nicht ausnutzen, da sie selbst nach wie vor gespalten ist. Verschiedene Widersprüche hindern sie bisher an einem gemeinsamen, koordinierten Kampf gegen die imperialistische Besatzungsmacht und ihre Marionetten. Die Widerstandskämpfer selbst aber führen Operationen durch, bzw. setzen ihre Operationen in verschiedenen Provinzen des Landes fort. Auch in Kabul gibt es Sabotageakte und Attentate auf die sowjetischen Besatzungstruppen. Nach Berichten geflüchteten Personals ist das sowjetische Militärkrankenhaus in Kabul ständig gefüllt.

Vor diesem Hintergrund ist auch Breshnews anmaßende Äußerung zu verstehen, die Sowjetunion werde nach wie vor die Sicherheitsinteressen beider Staaten wahrnehmen.

Mit der typisch imperialistischen Begründung, interne Vorgänge in einem anderen Land würden die eigene Sicherheit gefährden, war ja schon der Einmarsch vor 10 Monaten begründet worden. Zwar ging der Kreml nicht so weit, einen bevorstehenden Angriff auf die UdSSR zu erfinden, aber diese allgemeine Begründung reichte den Moskauer Imperialisten schon aus.

Mit der Bekräftigung dieser Äußerung zeigen die Breshnewleute, daß sie nicht zu politischen Kompromissen bereit sind. Dies beweist einmal mehr nicht nur die Berechtigung, sondern auch die dringende Notwendigkeit des bewaffneten Widerstandes gegen die Aggressoren.

Die afghanische Widerstandsbewegung steht dringend vor dem Problem, die nötige Einheit zu schaffen und sich unabhängig von imperialistischen Intrigen zu entwickeln. Als Beispiel dafür soll der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Imperialisten genannt werden, dessen Kämpfer die Waffen vom Feind „bezogen".

Auch die Bundesregierung stimmte dafür

UNO stützt weiterhin das faschistische Pol-Pot-Regime

NEW YORK.— Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat abermals das Sitz- und Stimmrecht des gestürzten faschistischen Pol-Pot-Regimes für Kambodscha in der UNO bekräftigt.

Zwar betonten Vertreter der Bundesregierung lautstark und in allen Tonlagen, man habe keinerlei Sympathie für das Pol-Pot-Regime. Aber selbst in diesen Ausflüchten kommt die Wahrheit zutage: dies sei, so verlautete es aus dem Auswärtigen Amt, keine Wahl für Pol Pot, sondern eine Abstimmung gegen Vietnam.

Um gegen Vietnam zu stimmen, ist man in Bonn also bereit, das Pol-Pot-Regime in der UNO zu halten, wo es für niemand spricht, außer für sich selbst und seine maoistischen Hintermänner. Und natürlich dazu dient, den Hauptschuldigen an den gegenwärtigen Verhältnissen im Südosten Asiens zu verstecken: den USA-Imperialismus, der mit seiner völkermörderischen Aggression gegen die Völker Indochinas diese ganze Entwicklung einleitete.

Betont werden muß dabei, daß die Bonner Haltung keineswegs „selbstverständlich" ist. Und dies noch nicht einmal innerhalb des Lagers des westlichen Imperialismus. Es gibt mehrere Staaten des Westens, die sich wenigstens der Stimme enthielten.

So erwies sich auch hierbei die Bundesregierung, die ja westdeutsches Gebiet bereits als Nachschubbasis für den amerikanischen Überfall auf Indochina freigegeben hatte, wieder einmal als treuester Kumpan der USA-Imperialisten.



Die hier begonnene Allianz Peking-Washington wird heute allseitig verstärkt, maoistische Schaukelpolitiker stören dabei.

Vier Jahre nach der Verhaftung

In Peking beginnt der Prozeß gegen die „Viererbande"

Geheime Vorverhandlung — Mao wird angegriffen

PEKING.— Der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses der VR China, Peng Tschen, informierte in der letzten Woche die westliche Presse über den bevorstehenden Beginn des Prozesses gegen die sogenannte „Viererbande".

Der Staatsanwalt, so Peng Tschen, werde in den nächsten Tagen die offizielle Anklageschrift veröffentliche, der Prozeß selbst Ende Oktober oder Anfang November beginnen. Er gab auch bekannt, daß bereits eine geheime Vorverhandlung stattgefunden habe, bei der einige Angeklagte geständig, andere widerspenstig gewesen seien.

Angeklagt sind in diesem Prozeß nicht vier sondern zehn Personen. In Wirklichkeit steht aber noch ein Elfter vor Gericht: Mao Tse-tung. Und mit ihm auch Hua Guo-Feng, sein von ihm ernannter Nachfolger.

Die Viererbande und Lin Biao, so betonte Peng Tschen, seien nur deshalb an die Macht gekommen, weil es in der Zeit von 1966 bis 1976 in China keine umfassenden Gesetze gegeben hätte. Dafür trage die damalige Führung der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze die direkte Verantwortung.

Peng Tschen, zusammen mit Liu Schao-schi und Deng Hsiao-Ping zentrale Figur der in der sogenannten Kulturrevolution vorgetragenen Angriffe nimmt nun also späte Rache an dem Mann, der in abwechselnd förderte, verurteilte und wieder förderte. Mit diesem offenen politischen und juristischen Angriff auf die einstige Galleonsfigur Mao nimmt die Zeit der innerparteilichen Kämpfe nach Maos Tod einen ersten Abschluß. Nachdem der Einfluß der „Traditionalisten" genannten Gruppe um Hua Guo-feng, die sich auf die Lehren Maos berief, immer mehr zurückgedrängt wurde, soll sie jetzt, mit dem Urteil über ihren Ziehvater, endgültig ausgeschaltet werden. Die „Pragmatiker" Dengs haben in diesem Kampf endgültig die Oberhand gewonnen.

Und diesen Sieg sichern sie ab. Durch die Bestellung einer neuen Regierung, durch den Aufbau eines entsprechenden Parteiapparats und durch die Beschleunigung ihrer Politik. Daß dabei Arbeitsunfälle, Streiks, Studentendemonstrationen und Unruhen zahlreicher werden, zeigt und erzeugt die wachsende Unzufriedenheit mit einem kapitalistischen Kurs.

Von Djibouti ausgelaufen

Französische Kriegsmarine am Persischen Golf

PARIS.— In einer Pressemitteilung bestätigte in der letzten Woche das französische Wehrministerium, daß französische Kriegsschiffe vom Stützpunkt Djibouti ausgelaufen sind und Kurs auf die Straße von Hormus genommen haben.

Dabei handelt es sich um eine kleine Flotte von vier Kriegsschiffen, die von ihrer normalen Route, weiter im Süden des Indischen Ozeans abkommandiert wurden, um „in einer Zeit der Spannungen" französische Interessen zu schützen.

Ganz ähnlich wie der amerikanische Imperialismus in seiner Carterdoktrin, so behaupten also auch die französischen Imperialisten in arroganter Weise, sie hätten dort Interessen, die, natürlich, über den Interessen der Völker dieses Gebietes liegen.

Der offizielle Auftrag der Flotte lautet, die „maritime Situation", also die Flottenbewegungen, zu überwachen, und „im Notfall die Öltransporte zu sichern".

Hintergrund dieser aggressiven Maßnahmen ist natürlich die massive Beteiligung wichtiger Gruppen des französischen Monopolkapitals an der imperialistischen Ölpolitik der Multis. Vor allem über die Rothschildgruppen sind sie auch an ausländischen Monopolen beteiligt, wehrend die französischen Ölmultis CFP und ELF Aquitaine ihre Operationen weltweit wesentlich verstärkt haben. Heute ist die CFP eigentlich als achtes Mitglied des Bundes der sogenannten „sieben Schwestern" zu zählen.

Dabei liegen Afrika und der gesamte Indische Ozean nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses der französischen Imperialisten, die deshalb auch jetzt gerade hier zum ersten Mal außerhalb der ehemaligen Kolonien in so offener Weise mit Kriegseinsatz drohen.

Am selben Tag, da diese Flotte aus Djibouti auslief, wurde vom Kriegshafen Toulon aus Verstärkung für die französische Flotte in Marsch gesetzt.

Sri-Lanka: Ausnahmezustand beschlossen

COLOMBO. — Die regierende Partei der nationalen Einheit (NUP) hat in der letzten Parlamentssitzung den Ausnahmezustand für ganz Sri Lanka (Ceylon) beschlossen.

Zur selben Zeit wurden der früheren Ministerpräsidentin und Vorsitzenden der Freiheitspartei (FP), Bandaranaike, die politischen Rechte für sieben Jahre aberkannt. Damit soll der wachsende Rückhalt, den ihre Oppositionspartei bekam, gestoppt werden und die reaktionären Reformen in der Wirtschaftspolitik unbehelligt fortgesetzt werden. Die staatlichen Beihilfen für große Familien waren ebenso abgeschafft worden wie die begonnene Agrarreform. Bereits vor einigen Wochen hatte die Regierung Jayewardene einen Streikaufruf der Gewerkschaften für höheren Lohn mit der Entlassung von vierzigtausend Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst beantwortet. Nur ausländische Investitionen, so die Regierungspartei, könnten die Wirtschaftsmisere des Landes beseitigen. Diese haben sich denn auch in der zweijährigen Regierungszeit der NUP rund vervierfacht. Die Investoren: vor allem die nordamerikanischen und japanischen Multis.

Brasilien: Lebensmittelknappheit

RIO DE JANEIRO. — Mehrmals überfiel die Polizei in den letzten Tagen in Rio Käuferschlangen vor Lebensmittelläden.

Der Grund: Stundenlang müssen die Werktätigen anstehen, um das allgemeine Grundnahrungsmittel der brasilianischen Armen, schwarze Bohnen zu bekommen.

Mißernte, Spekulation und Landvertreibung haben zu einer enormen Verknappung der Ernte geführt, die wiederum eine starke Verteuerung nach sich zog.

Aus den Käuferschlangen heraus war es an verschiedenen Tagen zu Unruhen und Demonstrationen gekommen, deshalb die vorbeugenden Aktionen.

Südafrika: Todesurteil

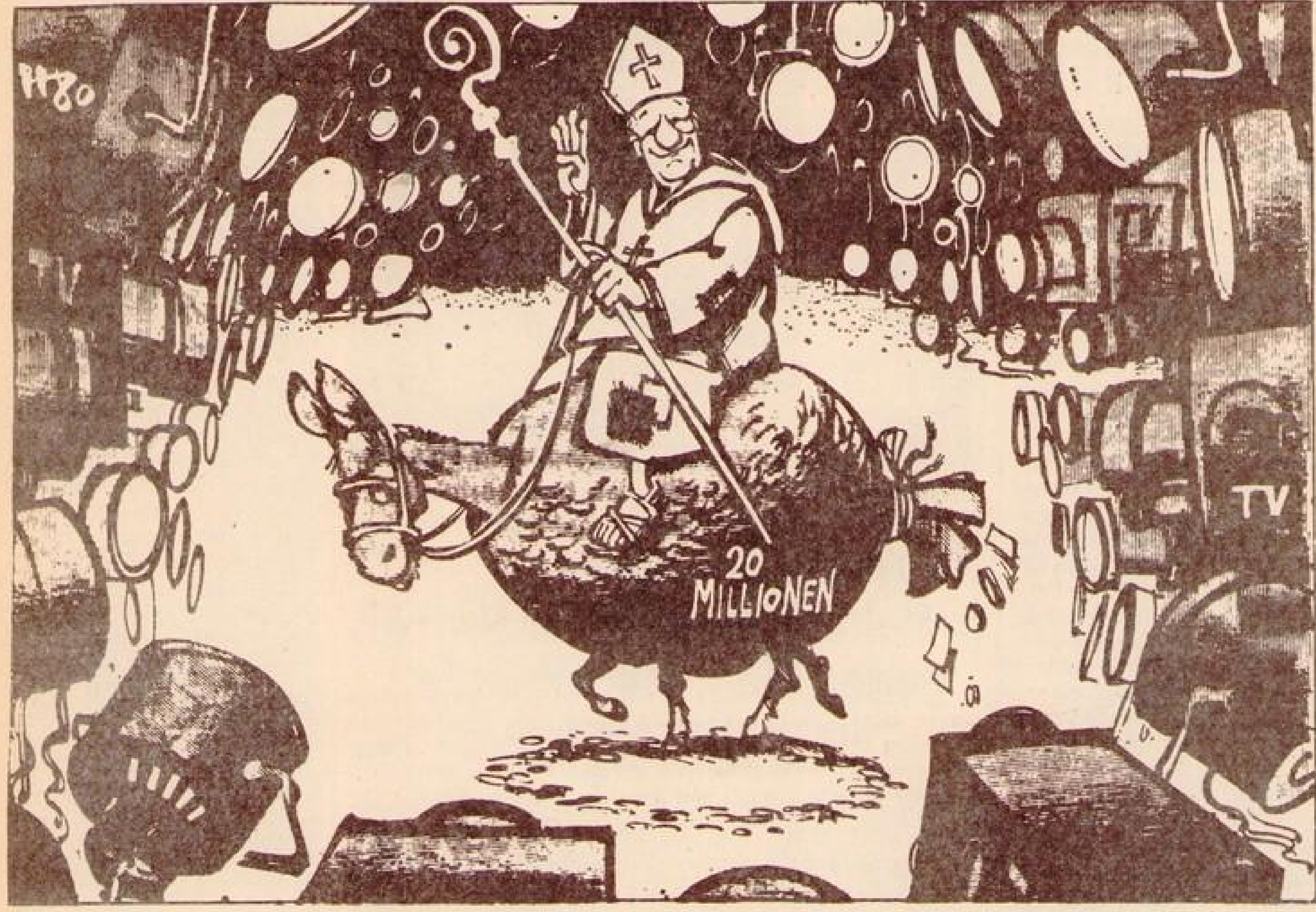
PRETORIA. — Ein weiteres Todesurteil fällte die Justiz der südafrikanischen Rassisten über einen Bürger Namibias.

Ein vierzigjähriger farbiger Arbeiter wurde zum Tode verurteilt, weil er den Kampf der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO unterstützt habe. Ein weiterer Arbeiter wurde aus demselben Grund zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese ungeheuerlichen faschistischen Terrorurteile gegen den Befreiungskampf der Afrikaner sind umso skandalöser, da sie namibische Bürger betreffen, die legal gar nicht der südafrikanischen Justiz unterstehen.

Südafrika: Freunde der Rassisten

FRANKFURT/JOHANNESBURG. — Freunde haben die südafrikanischen Rassisten in den westdeutschen Monopolen.

Das wurde jetzt abermals bekräftigt, als der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Thiele dazu aufforderte, die Tätigkeit westdeutscher Konzerne „weniger zu kritisieren und mehr zu unterstützen".



Also, wie gesagt, es handelt sich hier um keine Show, sondern um eine Pilgerreise.

„Blutige Brigyda":
Verbrechen nicht gewollt

Verfahren in fünf Fällen eingestellt

Neuer Skandal im Majdanek-Prozeß

In fünf der grausamsten Mordfälle wurde das Verfahren gegen die „Blutige Brigyda" eingestellt, weil nicht erwiesen sei, daß sie die unter ihrer Aufsicht verübten Verbrechen gewollt habe!

Diese Entscheidung fällte der Düsseldorfer Schwurgerichtshof letzte Woche. Die ehemalige KZ-Aufseherin war unter anderem für die Erhängung und Erschießung von Kindern verantwortlich.

Der Zynismus der westdeutschen Richter ist kaum noch zu überbieten. Sie sind zugleich eine direkte Ermutigung der alten und neuen Nazis, ihr Werk auch heute fortzusetzen. Solche Urteile stellen eine unmenschliche Verhöhnung der Opfer der Hitlerfaschisten dar.


„Blutige Brigyda" im Gerichtssaal.

J.P. II in Deutschland

D-Mark pflastern seinen Weg

Der Papst-Besuch in der Bundesrepublik nimmt konkrete Formen an. Wie seit längerem bekannt, soll er über 20 Millionen DM verschlingen, obwohl der Teil seiner Reise, den man als Staatsbesuch werten könnte, nur drei (!) Stunden an vier Tagen ausmacht. Der Rest gleicht eher einer Missionsreise für die Verbreitung des katholischen Aberglaubens, und das auch in überwiegend evangelischen Teilen Westdeutschlands.

Bezahlen aber sollen wir alle. Unter anderem dafür, daß an Straßen, auf denen dieser moderne Pilger zwar nicht wandelt oder gar sein Kreuz trägt, sondern entlanggefahren wird, Hunderte Kilometer Kabel verlegt werden, damit sein Anblick auch wirklich keinem Fernsehzuschauer erspart bleibt.

135 000 DM kostet allein das Flutlicht für eine Vormittagsveranstaltung. Und wer glaubt, wenigstens indirekt könnten wir davon profitieren, daß jetzt einige Straßen und Plätze befestigt werden, hat sich geirrt. Am Butzweiler Hof z.B. werden rund 120 000 Quadratmeter Fläche mit Bitumen und Schlacke befestigt. Wenn der Spuk vorüber ist, wird alles wieder aufgerissen und der alte Zustand wiederhergestellt — macht nochmal 477 300 DM.

Vielleicht erklärt sich die Tatsache, daß es so wenig Spielplätze, Kindergärten usw. gibt, daraus, daß schon lange auf die Gelegenheit hin gespart wurde, uns etwas viel wichtigeres zu spendieren: Die Anwesenheit des Vertreters Gottes auf Erden und somit eine Vorausschau auf künftige Glückseligkeit, die den profanen materiellen Interessen und irdischen Gütern natürlich vorzuziehen ist. Wer's nicht glaubt, ist selbst schuld, und vielleicht läßt er sich ja vom Papst bekehren. Denn schließlich, wie der Osnabrücker Generalvikar H. Heitmeyer verriet, „begegnen wir in ihm auf neue Weise Christus", „dem Geber schlechthin".

Im Grunde genommen ist die Tatsache, daß dem schwerreichen Kirchenfürsten unsere Steuergelder nachgeschmissen werden, ein Skandal in ersten Ranges. Sie ist auch eine Ermutigung für die Chefprediger der fortschrittsfeindlichen Verdummungslehre des Katholizismus, die schon ihr Haupt höher erheben und Hetztiraden selbst gegen evangelische Christen vom Stapel lassen.

In Regensburg etwa trat dieser Tage die „Katholische Elternschaft Deutschlands" mit der Forderung nach einer stärkeren Betonung christlicher Elemente im Schulunterricht und in der Erziehung überhaupt hervor. Sie ging so weit, die staatliche Verwaltung zur „Erleichterung der christlichen Gestaltung von Unterricht und Erziehung" aufzufordern. An die Amtskirche gewandt, erklärte die KED: „Christliche Erziehung ist ein Gut, das es auf der Basis der Verfassung offensiv zu verteidigen gilt."

Es ist eine Schande für einen sich „demokratisch" nennenden Staat wie die Bundesrepublik, daß hier noch nicht einmal eine Grundforderung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die vollständige Trennung von Kirche und Staat vollzogen ist.

Jedem Kollegen aber sollte die anläßlich des Papstbesuches betriebene Verschleuderung von Millionen DM deutlich machen, was von den Beteuerungen der Unternehmer und des Staates zu halten ist, für mehr Lohn und bessere Sozialleistungen sei kein Geld vorhanden.

„Planspiel" der Polizei:

Todesschuß in Aachen

AACHEN.— „Vorsätzlicher Mord" — das wäre, wenn es bei uns mit rechten Dingen zuginge, das Urteil über die von Polizei und Staatsanwaltschaft gemeinsam vorbereitete Erschießung eines jugendlichen Kleinkriminellen in Aachen.

Geht es aber nicht! Oberstaatsanwalt Günter Stein vermutet eine Einstellung des Verfahrens wegen „fahrlässiger Tötung" gegen den Schützen „und andere". Danach soll es wieder einmal Notwehr gewesen sein.

Dabei geht es hier um ein Verbrechen, dessen Planung der Polizei bereits lange vorher durch die Anzeige eines Beteiligten bekannt war: Zei Jugendliche wollten ein Juweliergeschäft ausräumen. Einer der beiden, Gunter Philipp, ging vorher aus Angst zur Polizei. Anstatt nun den Überfall überhaupt zu verhindern, bedrängten ihn die Polizisten, ihn auf jeden Fall mitzumachen. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft entschied man sich dafür, die beiden im Verkaufsraum zu empfangen.


Stop dem Polizeiterror!

Das sah dann so aus: Als die beiden das Geschäft betraten, und, irritiert davon, daß es ganz leer war, ihre Gaspistolen zogen, stürmten Polizisten mit gezogener Pistole bzw. Maschinenpistole hinter einem Vorhang vor. „Hände hoch, Polizei" — und schon fiel einer der beiden, Detlef Moysiszik, der völlig perplex war und nicht wie Gunter sofort seine „Waffe" fallen ließ, tot um: Brustdurchschuß.

Diese immer beliebter werdende Praxis der Polizei macht die Debatte über das Todesschußgesetz fast sinnlos. Mit oder ohne Gesetz — die Polizei vereinfacht viele Verfahren auf ihre Weise. Daß die Mörder auch in diesem Fall wieder straffrei ausgehen sollen, kann die Todesschützen doch nur bestärken.

Wir Arbeitnehmer der Firma X. Heine & Sohn wählen FRANZ JOSEF STRAUSS!

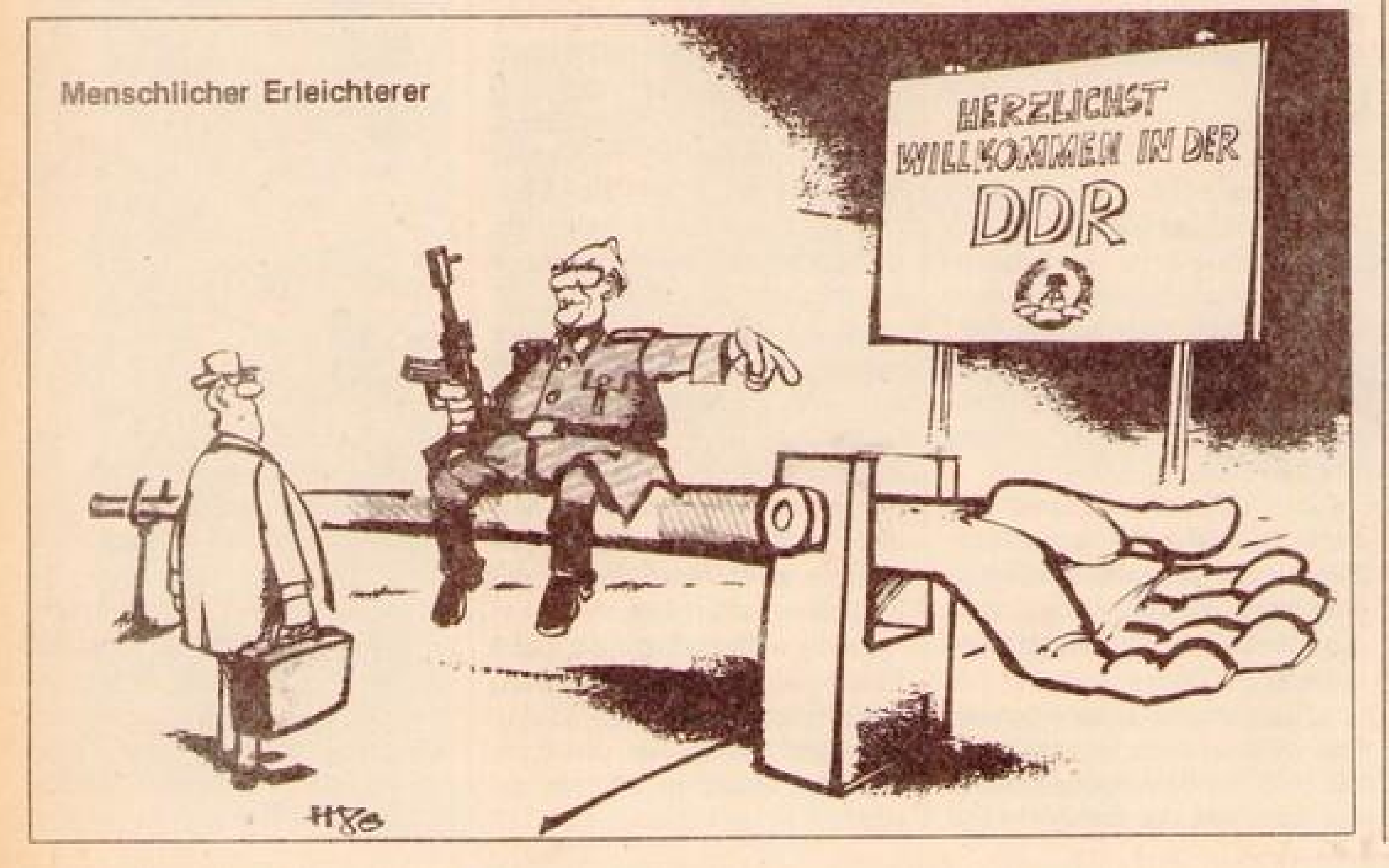
Vorher . . .

. . . Nachher
(„Südkurier", 11.10.80)

Wir, die Inserenten der Anzeige vom 4. 10. waren nicht berechtigt, im Namen aller Arbeitnehmer der Firma X. Heine & Sohn, eine Wahlempfehlung zur Bundestagswahl abzugeben.
H. Günter

Auch dieser Trick hat nicht geholfen!

Karikatur der Woche



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-1[illegible] Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 [illegible], geöffnet: Mo., Mi. [illegible] 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr [illegible] - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 [illegible], geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.